



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

134 (22.3.1909) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-314851](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-314851)

nimmt, um damit der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die Finanzreform ein Werk des Volkes sein müsse, um weiter Zeit und Gelegenheit zu finden, an die Beratung der indirekten Steuern heranzugehen, und um diese Zeit auszunutzen, die in diesem Kompromiß zum Ausdruck gekommene große Annäherung der Ansichten der Reichsmehrheit über die Notwendigkeit der Heranziehung des Reiches sich weiter vertiefen zu lassen und in dieser Zeit die Notwendigkeit sich auf einen besseren Weg für diese Beschäftigung einigen zu lassen. Nachdem nunmehr unser Vorschlag einer Reichs- vermögenssteuer abgelehnt und von den verbündeten Regierungen als unannehmbar bezeichnet ist, nachdem meistens der Weg, den das Reichssteuer-Kompromiß gehen wollte, sich als ungangbar erweist hat und nunmehr gleichfalls von einer großen Reihe von Bundesregierungen als nicht annehmbar erklärt worden ist, sehe ich persönlich keine andere Möglichkeit für eine glückliche Lösung der Reichsfinanzreform, als eine Ausdehnung des Erbschaftsteuergesetzes. Ich bin bisher Gegner des Nachlasssteuergesetzes gewesen und halte auch heute noch die Nachlasssteuer in der vorgeschlagenen Form für nicht annehmbar. Ich bin aber bereit, für eine auch auf das Kindesalter ausgedehnte Erbschaftsteuer einzutreten unter möglichster Befreiung aller im Nachlasssteuergesetz enthaltenen Härten und einer wesentlichen Minderstellung des Mindestbetrages der zu versteuernden Erbschaftsmasse. Ich verkenne die starken Bedenken nicht, die auch hier in der Besteuerung der Besonderen noch vorhanden bleiben. Aber in dieser Stunde vaterländischer Not müssen solche Bedenken schwinden, und ich hoffe, daß sich hier ein Weg finden wird, auf dem nicht nur meine politischen Freunde, sondern der ganze Volk sich einigen kann, um das nationale Werk zu fördern, dessen Zustandekommen heute eine nationale Notwendigkeit ist."

Soweit meine Worte in Charlottenburg. Ich habe darin also die von mir früher in manchen Veranlassungen scharf getadelten Gärten des bisherigen Nachlasssteuervertrages nicht verteidigt. Wenn ich aber nunmehr mich zu der Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines erweiterten Erbschaftsteuergesetzes durchgerungen habe und die „Deutsche Tageszeitung“ fragt, welcher Art dieses Wunder bewirkt habe, dann kann ich ihr diesen Art nennen. Es ist das nationale Pflichtgefühl, das in der heutigen ersten Stunde jeden Abgeordneten jeglicher Parteistellung nötigen muß, früher geäußerte Bedenken zurückzustellen, sobald man die Gewißheit erlangt hat, daß nur durch dieses Aufopfern eigener früherer Ansichten die Aufgabe zu einem guten Ende geführt werden kann, die nach meiner gewissenhaften Ueberzeugung die schwerste und bedeutsamste ist, vor die seit Gründung des Reiches der deutsche Reichstag gestellt worden ist.

Die Ablehnung der Gas- und Elektrizitätssteuer.

X In der Samstagabend-Sitzung der Finanzkommission gab zunächst der Referent den Hauptinhalt der zahlreichen Petitionen wieder und hob aus ihnen all die schweren sachlichen Bedenken hervor, die gegen die Steuer sprachen. Er identifizierte sich als Mitglied der Zentrumspartei mit diesen Anklagen und erklärte, daß seine Freunde Gegner der Steuer wären; es sei denn, daß sich vielleicht eine Sonderstellung der Installationskörper ermöglichen ließe. Hierauf erklärte ein Vertreter der freikonservativen Partei die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage. Die Städte, die selbst große Summen durch Elektrizität und Gas vereinnahmten, hätten kein Recht, dem Reich zu mißgönnen, wenn es auch seinen Anteil an diesem Gewinn haben wollte. Der Schatzsekretär betonte gegenüber den vorgetragenen Bedenken der Interessenten, daß die Steuer doch wohl auf die Konsumenten sich abwälzen ließe. Er könne in der Vorlage keine Vermutung des technischen Fortschrittes erblicken. Die Städte würden in der Lage sein, durch ihre Beteiligungen, die steigende Tendenz hätten, etwaige Ausfälle zu decken. Hauptfrage sei ihm die finanzielle Seite der Vorlage, die wie keine andere eine dauernde Steigerung der Einnahme verbürge.

Hierauf legte ein Vertreter der Freisinnigen die Bedenken dar, die seine Freunde aus wirtschaftlichen, allgemeinen und aus kommunalfinanziellen Gründen gegen die Vorlage hätten. Für die Nationalliberalen gab Abg. Fuhrmann die kurze Erklärung ab, daß seine Freunde aus prinzipiellen und sachlichen Gründen die Vorlage einstimmig ablehnten. Sie seien gegen die geplante Steuer, einmal weil sie gegen die Besteuerung eines noch dazu einseitig ausgeschulten Produktionsmittels wären; Johann, weil die Vorlage eine Belastung der Städte, zumal der kleineren Kommunen bedeute, ferner, weil die Steuer der seit langer Zeit von der Partei und der Mehrheit des Reichstags getriebenen konsequenten Mittelstandspolitik widerspreche und eine schwere Belastung des gewerblichen Mittelstandes bedeute. Nicht zu unterschätzen seien auch die Bedenken vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus, da bei der zunehmenden Einbürgerung des elektrischen Stromes in den landwirtschaftlichen Betrieben, der sich heute in dem Bau zahlreicher Ueberlandzentralen äußere, nicht angängig sei, diese legendreiche Entwicklung durch eine Besteuerung zu fördern.

Am der in den Kreisen der beteiligten Industrien herrschenden starken Beunruhigung möglichst bald ein Ende zu machen, beantragte Abg. Fuhrmann, der ganzen Vorlage heute definitiv ein Ende zu bereiten. Seinen Ausführungen, daß nach der einstimmigen Urteil der Industrie die Vorlage so viele Widersprüche enthielte, daß sie anscheinend nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgearbeitet sei, wie sie ein so schwerer Eingriff in das wirtschaftliche Leben voraussetzen müsse, entgegen der Schatzsekretär, daß er gegen diese Behauptung die den sachverständigen Schöpfer der Vorlage stark treffe, Verwahrung einlegen müsse.

Ein Vertreter der Konservativen erklärte, daß seine Freunde geteilter Meinung über die Vorlage wären. Ein Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung lehnte die Vorlage ab, ebenso der Sprecher der Sozialdemokratie, der in Uebereinstimmung mit dem Antrag Fuhrmann hat, die Vorlage sofort grundsätzlich und endgültig abzulehnen.

In der Abstimmung wurde diese Johann in allen ihren Teilen gegen die Stimmen der Freikonservativen und die Hälfte der Konservativen der Antrag Fuhrmann gemäß endgültig abgelehnt. Es kommt somit zu keiner zweiten Lesung.

Deutsches Reich.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten, gegen den sich, wie erinnerlich sein dürfte, im vorigen Jahr der unter dem Namen Geheimrat bekannte Vorkopf der Bayerischen Metallindustriellen richtete, hat im Jahre 1908 sehr gute Fortschritte gemacht. Sein Mitgliederbestand ist um 224 Mitglieder und 532 Hospitanten (Studierende) gewachsen, so daß sich für Ende 1908 eine Gesamtzahl von 13.002 Mitgliedern und 785 Hospitanten ergibt. Daß der Bund dies trotz oben erwähnten Angriffs, der ihn zur Erhebung einer Erbschaftsteuer von 6 Mark pro Mitglied nötigte, und trotz der

allgemeinen Wirtschaftskrise eine so günstige Entwicklung genommen hat, darf wohl als ein gutes Zeichen für seine Zukunftsaussichten angesehen werden. Während der Bund Ende 1907 an 112 Orten mit 77 Ortsgruppen und 25 Jahreshellen vertreten war, zählte er am Ende des Vorjahres 160 Verwaltungsstellen. Die größte Verwaltungsstelle ist noch wie vor Berlin mit 3347 Mitgliedern. Diese Ortsgruppe hatte im Berichtsjahre eine schwere innere Krise durchzukämpfen; ihre günstige Entwicklung — eingetreten sind 950, ausgetreten 684 Mitglieder — zeigt, daß sie den Konflikt gut überstanden hat. Das Vermögen des Bundes beträgt ca. 200.000 Mark. Als charakteristische Zeichen für die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1908 kann man die Tatsache ansehen, daß der Bund für Unterstützung von Stellenlosen nicht weniger als 35.445,08 Mark — an 358 Stellungslose — ausgezahlt hat. Bezeichnend für die ungünstige rechtliche Lage der Privatangehörigen ist es auch, daß der Rechtschutz des Bundes im Berichtsjahre einen Aufwand von rund 14.000 Mark erforderte. Es wurden im Laufe des Jahres 123 Prozesse geführt; die Summe der erstrittenen Gehälter betrug 24.376 Mark, die Zahl der erstrittenen Zeugnisse 21, die erteilten Rechtsauskünfte beliefen sich auf 1500.

Zur Tabaksteuer. Nach den Informationen des „Hann. C.“ sind die Angaben über die Neuregelung der Tabaksteuer durch die Subkommission nicht als definitiv richtig anzusehen. Vielmehr hat sich bei den weiteren Verhandlungen zwischen den Kommissionsmitgliedern und den Interessenten eine etwas andere Regelung als die gezeichnete herausgestellt.

Der Landesausschuß der natl. Partei des Großherzogtums Hessen war am 21. d. M. außerordentlich zahlreich in Darmstadt versammelt. Ueber die Lage im Reich und in Hessen referierte Herr Reichsagsabg. Dr. Osann. Er betonte unter allgemeinem Beifall, daß die Finanzreform für die Nationalliberalen nur annehmbar sein dürfe bei einer ausreichenden Besteuerung des Besitzes. Dr. Osann bezeichnete als die geeignetste Form der Besitzsteuer eine Nachlasssteuer oder ausgedehnte Erbschaftsteuer.

Ueber die Wahlparole in Alzeu-Bingen fand eine ausgedehnte Aussprache statt. Eine große Reihe von Rednern aus dem Wahlkreise selbst stellte das Eintreten gegen Koresell als einen nicht gegen den Freisinn, sondern gegen die Person des Kandidaten gerichteten Schritt dar; dem Blodgegner, dem Gegner einer vernünftigen Reichsfinanzreform habe man seine Stimme nicht geben können. Andere Redner betonten, daß trotzdem die Parole für Uebel nicht hätte ausgegeben werden sollen, da der Kampf gegen Koresell brauchen im Reiche als ein Kampf gegen den Freisinn angesehen werde, brauchen, wo man die örtlichen und persönlichen Verhältnisse nicht kenne.

Die Versammlung sprach Herrn Dr. Osann ihr Vertrauen aus und wählte ihn einstimmig wiederum zum Vorsitzenden.

Badische Politik.

Aus der Partei.

U Schwetzingen, 20. März. (Von unserem Korresp.) Heute Abend wurde im Reberzimmer „zum Schwanen“ die Generalversammlung des hiesigen nationalliberalen Ortsvereins abgehalten. Nach Bekanntgabe des Jahresberichts wurde die Rechnungsablage vorgenommen und hierauf zu den Wahlen geschritten. Es wurden gewählt: Professor Weich als 1. Vorstand, Landwirt Jakob Epfinger II. als 2. Vorstand, Kaufmann Friedrich Steck als Kassier, Sportplatz Widel als Schriftführer, Robert Spiegelberger, Metzgermeister Kollerer und Landwirt Gg. Hoffmann als Beizäte. Im weiteren Verlauf der Versammlung erörterte man einige parteipolitische Fragen und die Organisation von künftigen Parteiveranstaltungen. Der Vorstand des Bezirksvereins, Herr Professor Linder, machte die Mitteilung, daß er demnächst eine Vertrauensmännerversammlung des Bezirks einberufen werde, welche mit dem Kandidaten, Herrn Stadtpfarrer Klein-Mannheim, über die Wahlkampagne beraten solle.

Landesverband der jungliberalen Vereine in Baden.

(Eigener Bericht.)

Oh. Baden, 20. März.

Der Landesverband der jungliberalen Vereine in Baden trat heute hier zu seinem 7. ordentlichen Vertretertag zusammen. Der Tag ist bereits heute aus allen Teilen des Landes zahlreich besucht; besonders stark ist der Mannheimer Jungliberale Verein vertreten. Vom Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend ist Dr. Köhler, der Generalsekretär des Verbandes, erschienen.

Nach einer Vorstandssitzung, die in der „Stadt Paris“ vorausging, fand abends 8 Uhr eine geschlossene Sitzung in der „Brauerei Meyer“ statt. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden des Landesverbandes, Oberamtsrichter Dr. Koch, eröffnet und geleitet. Vertreten sind heute 20 Vereine mit 81 Stimmen. Es wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst erhaltete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Diefem ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre der jungliberale Verein Heidelberg aufgelöst worden ist. Dagegen hat sich die bisherige Ortsgruppe Redarau des Mannheimer Vereins mit Zustimmung dieses Vereins selbstständig gemacht. Neugemeindet hat sich neben diesem Verein auch der liberale Volksverein Gagsheld. Neugründungen sind geplant für Berthelm und Mühlheim. Das Verhältnis zur alten Partei ist nach wie vor ein vorzügliches. Von den Jungliberalen kandidiert zu den kommenden Landtagswahlen in Lahr Prof. Kuenzer; außerdem ist noch ein zweiter sicherer Wahlkreis den Jungliberalen zugelegt. Als einen Erfolg der Jungliberalen bezeichnet Dr. Koch die Wahl des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend, Dr. Fischer, in den geschäftsführenden Ausschuß der Zentralvorstände der Partei. In den Zentralvorstand der Partei wurde im letzten Jahre von den badischen Jungliberalen Stadtrat Kölsch-Karlruhe gewählt, jedoch der badische Landesverband im Zentralvorstand nunmehr durch zwei Mitglieder (Kölsch und Dr. Koch) vertreten ist. — In der Diskussion über den Geschäftsbericht spricht u. a. Stadtrat Kölsch-Karlruhe. Er berichtet über die letzte Zentralvorstandssitzung in Berlin und greift die Frage des Anschlusses an den Reichsverband auf. Er führte hierzu aus, daß die Jungliberalen auch in Baden den Anschluß an den Reichsverband brauchen, um zur Geltung zu kommen.

(Beifall.) Der Reichsverband verfolge eine Politik, wie man sie in Baden garnicht besser verfolgen könne. Die Zukunft werde es zeigen, wie nötig es sei, zu dem Reichsverband in engere Fühlung zu treten. (Beif. Beifall.) — Von verschiedenen Seiten werden Vorschläge gemacht, um noch mehr die Jugend für die jungliberale Bewegung zu interessieren. — Generalsekretär Dr. Köhler tritt warm für einen Anschluß der badischen Jungliberalen an den Reichsverband ein und überbringt die Grüße des Reichsverbandes. — Mannheim wird der Verein Redarau einstimmig in den Landesverband aufgenommen.

Zur Wahl des Vorstandes wird von Redakteur Kölsch der Antrag gestellt, den engeren Vorstand per Affirmation zu wählen. Dem engeren Vorstand gehört an Oberamtsrichter Dr. Koch als 1. Vorsitzender, Rechtsanwält Frey als 2. Vorsitzender, Ernst Mayer-Mannheim als Schriftführer und Stadtrat Leopold Kölsch als Kassier. Der alte Vorstand wird hierauf einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer gehören heute dem Vorstand an: Gebhardt-Lahr, Dorn-Heidelberg, Kieger-Freiburg, Bohr-Konstanz, Kölsch-Baden, Wies-Waldshut, Schmoll-Waldshut, Brandketter-Offenburg und Lang-Frozheim. Von diesen Herren haben auch eine Wiederwahl verzichtet Kieger, Ries und Lang. Die Beisitzer werden in geheimer Wahl wiedergewählt, für die auscheidenden Beisitzer werden gewählt Bea jun.-Freiburg, Suedes-Frozheim und Burkart-Bruchsal.

Vom Vorstand liegt folgender Antrag vor:

„Der Vertretertag beauftragt den Vorstand des Landesverbandes, während der Wahlzeit Mitteilungen für Vertrauensmänner herauszugeben, welche Material für die Agitationsredner bieten. Die Mitteilungen sollen sobald als möglich zu erscheinen beginnen, spätestens am 15. April.“

Der Antrag findet nach kurzer Diskussion Annahme. Hierauf wurde die Versammlung auf morgen vertagt.

Es folgt ein außerordentlich gut besuchtes Bankett.

* * *

Oh. Baden, 21. März.

Die öffentliche Vertreterversammlung tagte heute vormittag im Saale des Gasthauses zum „Geiß“. Es sind 24 Vereine mit 88 Stimmen vertreten. Von der nationalliberalen Parteileitung nahmen an den Verhandlungen teil Geh. Hofrat Kehm und Landgerichtsdirektor Dr. Döblicher, vom Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend ist wieder Generalsekretär Dr. Köhler erschienen, von den württembergischen Jungliberalen ist Dr. Kauffmann-Stuttgart delegiert, den nationalliberalen Verein Baden-Baden vertritt dessen Vorsitzender, Herr Vetter. Nach kurzen und herzlichen Begrüßungsworten seitens des Vorsitzenden des Verbandes Dr. Koch, des Vorsitzenden des natl. Vereins Baden, Vetter und des Vertreters der württembergischen Jungliberalen, Dr. Kauffmann wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die politische Lage.

Auf der Tagesordnung steht ein Referat und Ansprache über die politische Lage. Das Referat hat der Vorsitzende des Landesverbandes, Oberamtsrichter Dr. Koch. Er führt folgendes aus:

Die wichtigste Frage, die uns gegenwärtig im Reiche beschäftigt, ist

die Finanzreform.

Neue Steuern sind im allgemeinen kein sympatibischer Gegenstand und es mag aufs Erste für die Reichsboten eine dankbarere Aufgabe erscheinen, sich gegen neue Steuern zu erklären. Jedoch heute ist die Sachlage wesentlich anders. Die Ueberzeugung, daß die Schuldentlastung nicht so weiter gehen kann, daß eine finanziell gesicherte Stellung des Reiches für unser Ansehen im Rate der Völker von der höchsten Bedeutung ist und daß eben diese Stellung nicht nur durch ein starkes Heer und eine starke Flotte erhalten werden kann, ist in sehr weite Kreise unseres Volkes gedrungen. Es herrscht allgemein der Wille, daß geholfen und endlich einmal ganze Arbeit getan wird, daß das Reich formell auf eigene Füße gestellt wird, und daß auch die Einzelstaaten endlich einmal aus ihrer unsicheren Lage herauskommen und für alle Zeit voraus wissen, was sie dem Reiche jährlich zu leisten haben. Ich sage: im Volke ist diese Ueberzeugung weit verbreitet, wenn man dagegen die Vorgänge im Reichstage, das formwählende, unentschlossene Gm und Ger betrachtet, so mag es erdienen, als ob dort die Angelegenheit nicht mit dem notwendigen Ernst, nicht mit der erforderlichen Ueberzeugung von der nationalen Notwendigkeit der Finanzreform betrieben würde. Allerdings: große Schuld trägt die Regierung, die mit „vollendeter Geschäftlichkeit“ im Reichen des Volkes sich zunächst mit dem Zentrum wegen der Reform in Unterhandlungen einließ. Auch rief man nicht die Führer des Volkes zu den Vorverhandlungen über die Finanzreform, in denen man sich hätte vergewissern können, wie die einzelnen Parteien sich zu den Steuervorschlägen der Regierung stellen wodurch man immerhin schon eine gewisse Festlegung der Parteien auf die im Prinzip begilligten Steuern erzielt hätte. So aber präferierte man dem Volke eines Tages ein fertig gemundenes Steuerbukett mit dem freundlichen Ersuchen, dasselbe anzunehmen; ein Verfahren, durch das natürlich eine ganz ungebundene Kritik entfeilt wurde. Die Nationalliberalen wie die Nationalliberalen hatten auch erklärt, daß sie auf die Reform nur dann eingehen könnten, wenn ein angemessener Teil des neuen Steuerbedarfes durch direkte Steuern auf den Besitz aufgebracht würde.

Was zunächst die indirekten Steuern anbetrifft, so scheinen die unsympatiblichsten Steuern: Gas- und Elektrizitätssteuer wie die Tabaksteuer gefallen zu sein. Dagegen dürfte die Weinsteuer eine Mehrheit im Reichstage finden. Wir müßten das aber von unserem badischen Standpunkt aus lebhafteste bedauern. Bezüglich der direkten Steuern, die eine wesentliche Voraussetzung für die Zustimmung der Liberalen zur Finanzreform bilden, hatte unsere Partei in erster Reihe sich für eine Reichsvermögensteuer ins Zeug gelegt, ohne jedoch damit genügend Anlauf zu finden. Vielmehr muß heute dieser Plan als vollkommen aussichtslos und erledigt gelten. Die Regierung hat die Nachlasssteuer vorgeschlagen, aber auch damit wenig Gegenliebe gefunden. Es kam nun das berühmte oder besser gesagt berühmte Bloßkompromiß. Einen gewissen Wert hat dieses nur dann, wenn man es als ein taktisches Mittel betrachtet, um Zeit zu gewinnen und eine Lösung der ganzen Frage zu finden.

die berechtigten Ansprüche entspricht und den Blod nicht scheitern läßt. Als eine wirkliche Lösung kommt das Kompromiß nicht in Betracht. Mißtraulich wird man schon, wenn man sich das Kompromiß näher betrachtet und dabei feststellen muß, daß es doch lediglich ein etwas auffrisierter ursprünglicher Zentrumsantrag ist. Was aber das Zentrum bisher in Finanzangelegenheiten geschafft hat, war nie zum Vorteil des Reiches. Es hat mit der Frankensteinischen Klausel erreicht, daß das Reich finanziell immer in Abhängigkeit von den Einzelstaaten blieb, während es auf der anderen Seite eine große Unsicherheit in die Finanzen der Einzelstaaten hineintrug. Durch die Annahme des Kompromisses würde auf die Dauer ein ganz unerträgliches Verhältnis geschaffen werden. So besteht zunächst gar keine Garantie, daß die Steuern, welche die Bundesstaaten vom Besitz erheben sollen, auch tatsächlich davon erhoben werden. Wer hindert einen Bundesstaat daran zu erklären: die dem Reich zu zahlende Steuer zahle ich von einer schon bisher von mir erhobenen Besitzsteuer, den Ausfall aber decke ich mit einer neuen indirekten Steuer. Oder der Einzelstaat führt zwar eine neue Steuer auf den Besitz ein, hebt dafür aber eine alte schon bestehende direkte Steuer auf und ersetzt sie durch eine indirekte Erbschaftsteuer. Ferner wird ein Hauptziel der Finanzreform, der Schuldenwirtschaft ein Ende zu machen, wieder um ein paar Jahre hinausgeschoben. Auch ist der Höchstbetrag der direkten Steuern auf 100 Mill. festgelegt und nur alle 5 Jahre ist eine Erhöhung von 5 Prozent zulässig. Also dem Reich wird kein automatischer Anteil an der Vermehrung von Wohlstand und Bevölkerung gewährt; was aber unbedingtes Erfordernis sein sollte. (Beifall.)

Es ist darum nötig, daß sich die Parteien und die Regierung auf die Nachschaffsteuer einigen. (Beifall.) Aber gerade diese Steuer wird am stärksten bekämpft vom Bund der Landwirte.

Die Nachschaffsteuer zerstört den Familienfiskus, so sagen die partisanen Politiker des Bundes, deren feinem Sinne eine so plumpe Erklärung wie die Nachschaffsteuer fernerst zuwider ist. Sie zerstört den Familienfiskus! Als ich dieses las, ist mir manches klar geworden, was mir in meinem beschränkten Sinne ohne den Bund ewig unklar geblieben wäre. Ich dachte daran, daß zwar Preußen bis zu der ersten Reichserbschaftsteuer vom Jahre 1906 von diesem Teufelswerk verschont geblieben ist, aber bei uns in Baden, da finden wir schon in der Abordnung die Erbschaftsteuer, die auch Kleinsten nicht verschont und von 1 Kr. bis 8 Kr. auf den Gulden Nachschaffwert steigt. Und von wann ist dieses Gesetz? Vom Jahre 1812. Wird dem aufmerksamen Beobachter da nicht gar manches klar? Welche Unannehmlichkeit ist in diesem Jahrhundert, seitdem dieses Gesetz bestand, durch das Verschulden einer leichtfertigen Regierung geradezu vergrößert worden? Daß man geraume Zeit unser Baden nicht bloß spöttisch, sondern mit Recht als liberale Musterland nennen konnte, daß überhaupt bei uns ein so unangenehmer demokratischer Zug, eine solche Verständnislosigkeit für die Bedeutung des Fiskus im deutschen Volkstoben herrscht, was ist schon davon? Nichts als die Sitten verderbende Nachschaffsteuer. (Weiterfall.) Und wie begründet ist diese Abneigung gegen die Steuer! Sie fängt neuerlich überhaupt erst bei einem Nachschaff von 20000 M. an. Und tatsächlich werden in Deutschland 80 Prozent der Landwirte von dieser Steuer überhaupt nicht getroffen. Diese Zahlen, die ich eben und noch weiter anführe, beruhen auf Erhebungen des preussischen Finanzministeriums, das wohl einer Feindschaft gegen die Agrarier nicht dringend verdächtig ist. Wei uns in Baden mit seiner erfreulichen Verteilung des Landes in Kleinbesitz und dem Ueberwiegen des kleinen und mittleren Bauernstandes ist die Zahl der von der Nachschaffsteuer betroffenen Landwirte noch ganz erheblich geringer. Und wieviel beträgt denn die Steuer für den Landwirt bei 20000 M. Nachschaff? Ganze 100 M., die in jährlichen Raten von 8 Mark abbezahlt werden darf. Eine wirklich unerträgliche Belastung! (Beifall.) Kann man sich wirklich einen fröhlicheren Kampf, eine unerbittlichere Kämpfe des Brause- und Reschere denken, als die, welche im Kampfe des Bundes der Landwirte gegen die Nachschaffsteuer geführt wird. Rein, u. S., den wahren Grund hat der selbst konservative Prof. Delbrück unverblümt beim Namen genannt. Man fürchtet in den maßgebenden Kreisen die Nachsprüfung der Steuererklärung beim Tode des Erblassers. Und wenn man gegen die Nachschaffsteuer kämpft, so kämpft man für etwas ganz anderes als für den deutschen Familienfiskus! Die Führer des Bundes, die so gern die Sätereinigkeit des Landes gegen die Verberbernis der Städte auszuspielen, sie, die mehr oder minder offen die großen Städte als einen Krebsgeschaden des Volkes erklären, sie kämpfen für das alte heilige Recht der Steuerbefreiung. (Beifall.) Und unsere Bauern, welche in ihrer überwiegenden Mehrheit die ganze Steuer überhaupt nicht berührt, gehen auf den Reim und schreien mit, daß die Nachschaffsteuer den Familienfiskus zerstört. Ich habe das Vertrauen zu unseren Bauern, daß sie einschauen, wie sie da mißbraucht werden (Anse: sehr richtig.) für die Zwecke der Junker und Großgrundbesitzer, ich habe auch das Vertrauen, daß unsere Agitatoren es verstehen, ihnen die Sache klar zu machen. Eine schönere Gelegenheit, zu zeigen, für wen der Bund der Landwirte bestimmt ist, kann gar nicht gegeben werden als gerade hier. Die Feinde des Bundes arbeiten mit großer Zielbewußtheit auf die Sprengung desselben, Gerade deshalb aber ist es nötig, daß der Blod die Finanzreform macht. Wir erwarten daher, daß er mit allem Nachdruck nunmehr für die Nachschaffsteuer eintritt. Dabei läßt sich über die Art, ob Nachschaffsteuer oder Erbschaftsteuer sehr wohl reden. Es ist aber die überwiegende Ansicht der Partei, daß auf diesem Wege die Finanzreform zustande gebracht werden muß, und wir erwarten deshalb mit Bestimmtheit, daß die Reichstagsfraktion der national-liberalen Partei dies beachten möge.

Die Wahl in Alzey-Bingen

hat bei uns die lebhafteste Entrüstung erregt. Es war unfaßbar für uns, wie man das Zentrum einem Freisinnigen vorziehen konnte. Freilich ist es noch nicht so lange her, daß der Freisinn dem Zentrum vor uns den Vorzug gab. Man darf auch die heftigen Verhältnisse nicht ganz außer Auge lassen. Zwischen dem Freisinn und den National-Liberalen besteht in ganz Hessen etwa daselbe eintönige Verhältnis, wie bei uns in Lörach-Land. (Zustimmung.) Es darf auch nicht vergessen werden, daß Koresell es gewesen ist, der 1906 in der Stichwahl in Darmstadt den Sieg des Sozialdemokraten gegen den national-liberalen Stein herbeiführte. Jüngst kommen persönliche Gründe, die gegen Koresell sprechen, wie es ja auch ein leitender Fehler der Freisinnigen gewesen ist, den Wahlkreis Bingen-Alzey gerade mit Pfarrer Koresell zu besetzen. Alle mildernde Umstände haben aber die Parteifreunde in Alzey-Bingen vertriebt durch den Vork mit dem Zentrum über die Wahlen 1912. Das ist denn die schlimmste Richtungs-politik, die getrieben werden konnte. (Beif. Zustimmung.) Es

war ein Zeichen politischer Rückständigkeit, wenn die Parteifreunde in Alzey-Bingen nicht erkannten, welche Gründe die Wahl Koresells verlangten. Derselbe Rückständigkeit, wenn auch nicht in gleichem Maße, haben wir bei den Freisinnigen im Wahlkreise Verden-Hoya zu beklagen. Die geradezu hysterischen Vorwürfe der Linksliberalen sind aber auf alle Fälle hart übertrieben. Es ist ja auch noch nicht so lange her, daß die Freisinnigen im Wahlkreise Hlensburg den links-national-liberalen Prof. Meigar zu Fall brachten durch ein Bündnis mit dem Bund der Landwirte. (Beif. Hört, hört!) Und das trotz der Frage der Wahlreform in Preußen. Was die beiden eingebrachten Resolutionen anbetrifft, so ist ja die Heidelberger durch die Ereignisse überholt, so daß der Mannheimer Resolution der Vorzug zu geben sein wird.

Der Blod in Baden.

Wir Jungliberalen sind von Anfang an für eine Einigung des Liberalismus eingetreten. Wir haben die Feindschaft der Liberalen untereinander niemals verstanden. Wir haben uns gesagt, daß die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Liberalen nicht so groß sind, wie sie hingestellt wurden, und daß sich ein gemeinsames Zusammenarbeiten dadurch ermöglichen ließe, wenn man sich auf das praktisch Erreichbare beschränken würde. Wir haben den Blod 1905 deshalb mit größter Freude begrüßt und es ist auch von allen Seiten anerkannt worden, daß unser Eintreten das Zustandekommen des Blods sehr erleichtert hat. Von diesem Standpunkt aus bedeutet das Scheitern des Blods für uns Jungliberale eine herbe Enttäuschung. Ein Zeichen dafür, daß der Gedanke von der Notwendigkeit der Einigung des Liberalismus noch nicht überall den richtigen Boden gefunden hat. Ich halte es bei dieser Gelegenheit für notwendig, festzustellen, daß die Jungliberalen in der Blodfrage durchaus einig mit der Partei gegangen sind. Wir haben den Blod auf der Grundlage von 1905 wiederum angeboten und damit den Beweis geliefert, daß wir den Wert der liberalen Einigung erkannten und Opfer dafür zu bringen bereit waren. Wir waren auch nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Freisinnigen bereit, allein mit den Demokraten den Blod abzuschließen, obwohl dieses Bündnis an die Opferbereitschaft unserer Wähler noch weit größere Anforderungen gestellt hätte als dasjenige mit Einschluß der Freisinnigen. Ich halte es für notwendig, zu betonen, daß die ganzen Verhandlungen im Einverständnis mit uns und unter Mitwirkung von uns gepflogen worden sind. Auch in den Sitzungen des Engeren Ausschusses waren die Jungliberalen stets sehr stark vertreten, und dort sind alle Beschlüsse unter unserer einmütigen Mitwirkung zu Stande gekommen. Wir sind also für diese Verhandlungen im vollen Umfange mitverantwortlich. Es hat in letzter Zeit hier und da den Anschein gehabt, als ob versucht würde, mehrere Kreise der Jungliberalen als unzufrieden hinzustellen. Ich betone, daß wir durchaus einig mit der Partei gehen, daß wir von unserem Standpunkt die jetzt vorgeschlagenen lokalen Abmachungen begrüßen, ich selbstverständlich, und ich hoffe, daß diese Verhandlungen noch zu einem guten Ende führen. Nachdem freilich von gewissen Linksliberalen der Gedanke der Einheit des Liberalismus als nicht genügend wichtig betrachtet wurde, um den Blod zu rechtfertigen und von Sonderwünschen abzusehen, müssen auch wir die Angelegenheit vom mehr geschäftlichen Standpunkte ansehen und verlangen, daß für unsere Unterstützung und eine vollwertige Gegenleistung angeboten wird. Auf alle Fälle hoffen wir, daß das Wahlbündnis zwischen den Liberalen für die zweite Wahl zustande kommt. Notwendig ist auch, daß der Wahlkampf streng sachlich geführt wird. Leider muß ich aber erklären, daß in Heidelberg der Kampf von den Nationalsozialen in der alten gehässigen Weise weitergeführt wird, was natürlich eine Einigung außerordentlich erschweren muß.

Aufgaben des nächsten Landtages.

Eine der wichtigsten Aufgaben des nächsten Landtages wird die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung sein. Wir hoffen auf eine Vorlage der Regierung, welche die berechtigten Wünsche erfüllt. Freilich ist die Reform ein recht schwieriges Gebiet, da außerordentlich wichtige Interessen auf dem Spiele stehen. Wünschenswert wäre, daß auch wir in Baden die preussische Magistratsverfassung bei uns einführen würden. Hierzu besteht freilich derzeit noch gar keine Aussicht. In den Frage der Gemeindevahlreform müssen sich alle die Liberalen zusammenfinden. Es ist vor allem zu verlangen die Sachteilung und die Einführung der Proportionalwahl. Mit Hilfe der Proportionalwahl wird es wieder möglich sein, in allen Klassen Vertreter durchzubringen. Es würde dann auch das Privileg der Sozialdemokratie in der 3. Wählerklasse gebrochen werden. Zu verlangen ist aber auch die Hebung der Stellung des Bürgerausschusses. Heute ist er lediglich Bewilligungsmaschine. Und die Macht, die ein Oberbürgermeister in seiner Hand vereinigt, ist tatsächlich eine viel zu große. Gerade deshalb müssen die Rechte des Bürgerausschusses entschieden erweitert werden.

Große Unzufriedenheit herrscht in den Städten über das neue Vermögenssteuergesetz. Der Anstoß der verschiedenen städtischen Wahlen hat es deutlich genug gezeigt. Es wird nun freilich immer der Schuldensatzung als das einzige Horn der Bitterkeit angesehen, das ist aber nicht ganz richtig. Die große Steuererhöhung der Hausbesitzer hat verschiedene Ursachen. Einmal die Reueinschätzung, die jetzt nach etwa 40 Jahren vorgenommen wurde, brachte große Unterschiede in der Veranlagung; zweitens ist allerdings der Schuldensatzung zu nennen, der bei der Gemeindevahlreform nicht gestattet ist; drittens fiel das Gesetz in eine Zeit, wo die Städte an sich genötigt waren, mit der Umlage hinauszugehen; viertens kommt als wichtiger Grund noch in Betracht die gegenwärtige rückläufige wirtschaftliche Konjunktur. Wir müssen sagen, daß ungerechtfertigt im Vermögenssteuergesetz vorliegen; es wird Aufgabe des nächsten Landtages sein, hier eine sachgemäße Erleichterung einzutreten zu lassen. Das Wie wird freilich Gegenstand eingehender Erörterungen sein müssen. Wie ja wohl auch heute schon gelautet werden muß, daß ein vollständiger Schuldensatz sich nicht herbeiführen lassen wird, da der Ausfall an Steuerkapitalen zu groß werden würde. Wer es ist zu verlangen, und das ist auch in unserer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß ein teilweiser Schuldensatz auch bei den Gemeindevahlen zulässig ist.

Der Wortlaut der Regierung.

Große Ueberraschung hat uns der neue Sommerfahrplan unserer Eisenbahnen gebracht, der die Einrichtung mehrerer beschleunigter Personenzüge vorsieht. Wir haben auf den vor-

letzten Landtage die Tarifreform mit Wärme geschloßt, aber nur deshalb, weil sie mit einigen beschleunigten Personenzügen schmaler Bahnen gesättigt worden ist. Wir haben aus einem gesunden Mißtrauen feinerzeit gegen die Tarifreform Stellung genommen; das Mißtrauen war, wie sich jetzt herausgestellt, durchaus berechtigt. Die Regierung hat dem Landtage Versprechungen gemacht, die sie jetzt nicht eingelöst hat. Abg. Obkircher hat dieses Verhalten in Freiburg heftig scharf gezeihelt; wir müssen von der Partei verlangen, daß sie diesen Standpunkt auch im Landtage energisch vertritt. Viel ist jetzt auch die Rede von der Einführung der 4. Wagenklasse, die besonders warm befürwortet wird von einigen Anhängern der Einfachheit für andere Leute. Wir werden uns aber gegen die 4. Klasse wehren, solange wir können. Wenn die 4. Klasse kommt, so wird der finanzielle Effekt keineswegs der erwünschte sein. Auf der anderen Seite würde man aber den Mittelstand schwer schädigen, der aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht 4. Klasse fahren und deshalb höhere Preise in der 3. Klasse bezahlen müßte. Ich glaube daher, daß die so unbeliebte Fahrkartensteuer fallen wird, wenn es auch schwer ist, eine begangene Dummheit gut zu machen; aber es scheint, als ob man jetzt eine andere Form für diese Steuer finden wollte.

Die Reichstagswahlen.

Es ist viel von einer Reichstagswahlen der national-liberalen Partei gesprochen worden. Das ist aber völlig unrichtig. Obkircher hat die Richtung der Politik richtig angegeben mit der Bestimmung der Zielrichtung: Geradeaus. Die Jungliberale aber bleiben der linke Flügel in dieser Partei. Wir sind uns bewußt, daß die national-liberale Partei Männer von den verschiedensten Schattierungen beherbergt; gerade deshalb muß aber unsere Politik mit größter Weisheit verbunden sein. Gegen einen unerlaubten Abmarsch nach rechts würde sich daher der Jungliberalismus aufs entschiedenste verhalten.

Große Aufmerksamkeit müssen wir dem Mittelstand zuwenden.

Wir sind schon bisher stets und energisch für dessen Wünsche eingetreten, aber wir machen zu wenig bekannt, was wir bisher schon getan und geleistet haben. Die national-liberale Partei ist stets für die Mittelstandswünsche eingetreten; es kommt nur darauf an, daß wir das mit dem nötigen Schwung bekannt machen. Ein neuer Gegner ist uns im Pfarrer Karl erstanden. Eigentlich weiß niemand recht, was er will. (Zuruf: Mandat! Große Heiterkeit.) Er beabsichtigt, die national-liberale Partei zu Fall zu bringen. Aber er sagt nicht, was er an die Stelle setzen will. Es könnte das Höchste so etwas wie

ein evangelisches Zentrum

sein. Pfarrer Karl ist aber dabei von einer geradezu rührenden Naivität, wenn er annimmt, daß das Zentrum so etwas aus kirchlichen Interessen unterstützen würde. Die Stellung der national-liberalen Fraktion in der Dotationsfrage halten wir für vollkommen berechtigt und angeeignet. Gerade die Evangelischen hätten zuletzt Ursache über die Regelung der Dotationsfrage Klage zu führen. Wenn aber über die Erhöhung der Kirchensteuern geredet und gesagt wird, daß die Kirche viele Mitglieder verlieren würde, so muß ich sagen, daß das keine wertvollen Kräfte sein können, die wegen der paar Pfennig der Kirche den Rücken kehren. (Zustimmung.) Herr Pfarrer Karl muß übrigens sehr wenig Vertrauen zu der inneren Kraft seiner Kirche haben, zu der Wahrheit und Stärke ihrer Ideen und Gedanken, auf denen sie aufgebaut ist, wenn er meint, daß durch die Dotationsfrage die Kirche ruiniert werden könnte. Es wird aber von dieser Seite auch der Popanz:

Trennung von Staat und Kirche

aufgefahren. Es finden sich aber Anhänger der Trennung in allen Lagern, und auch orthodoxe Geister haben sich schon für die Trennung ausgesprochen, weil sie daraus für ihre Kirche einen großen Vorteil erwachsen sehen. Jedenfalls ist die Trennung von Staat und Kirche ein Ideal; aber es wäre das Gefährlichste, die Verwirklichung dieses Ideals mechanisch herbeiführen zu wollen. Die Verhältnisse und die Geister sind heute noch lange nicht für eine solche Trennung reif. Heute könnte es kein größeres Unglück für uns geben, als die mechanische Durchführung der Trennung von Staat und Kirche. Heute sind die maßgebenden Parteien gegen die Trennung; die Regierung will nicht, und es liegt darum eine gewisse Unheilbarkeit, jetzt gegen uns mit dem Trennungsgesetz zu kommen. Der Vorwurf der Religionsfeindschaft ist eine glatte Lüge, und wo haben wir eine solche Feindschaft bewiesen? Wir kämpfen zwar gegen den Ultramontanismus, wir sind aber deshalb noch lange keine Kirchenfeinde; im Gegenteil haben wir das Bewußtsein, für die Religion zu kämpfen, wenn wir gegen den Ultramontanismus ankämpfen. (Beif. Zustimmung.) Ein betrübliches Schauspiel rollt sich gegenwärtig in Bayern im Falle Tremel

ab. Wir bezeugen diesem Manne unsere vollste Sympathie und wünschen ihm den besten Erfolg. Wir werden ihn auch in jeder Weise und mit allen Mitteln zu unterstützen suchen. (Beifall.) Hoffen wir, daß Pfarrer Tremel handhält; viele seiner Amtsbrüder hoffen das gleiche und harren mit Bangen auf den Ausgang dieses Streites.

Wir stehen augenblicklich vor schweren Tagen. Das Zentrum wird seinen vor vier Jahren glücklich abgeschlossenen Anlauf mit aller Energie und Fähigkeit wiederholen. Er hat leider Hilfe gefunden in den verschiedensten Gruppen, in den Konserbativen, im Bund, in den Christlich-Sozialen, in den Mittelständler; alles Kostgänger des Zentrums, die diesem zur Verwirklichung seiner Ziele verhelfen. Darum ist allein die Beweiskraft für die gute Sache, Ueberzeugung ihres endlichen Sieges nicht genügend, wir müssen vor allem tüchtig und wirksam arbeiten. Wir müssen auch unsere Presse, und namentlich die kleine Presse unterstützen, wir müssen durch Flugblätter unausgesetzt ausdauernd wirken. Wir werden aber auch an die Opferwilligkeit unserer Parteifreunde in finanzieller Hinsicht größere Ansprüche machen müssen. Bei unermüdblicher Agitation und Kleinarbeit muß aber der Sieg dem Liberalismus doch zufallen, und mit dieser Hoffnung lassen Sie uns jetzt mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten. (Beif. Zustimmung.)

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 22. März 1909.

Sitzung des Bürgerausschusses

Beratung des städtischen Voranschlags für 1909.

Fünfter Tag.

(Schluß.)

Str. Vogei fährt fort: Ich hätte gewünscht, daß die Theaterkommission und der Stadtrat weitergegangen wären in der Stellungnahme zu dem Konflikt zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft. Die heutigen Verhältnisse an den Bühnen sind alles, nur keine sozialen zu nennen. Ich will nicht auf alle Fragen, die hier besprochen werden können, eingehen, sondern möchte nur das wesentlichste herausgreifen und zwar dasjenige, was die Künstler und Künstlerinnen am allermeisten betrifft. Man hat hier einen Pensionsfond, in dem sämtliche Mitglieder unseres Hof- und Nationaltheaters 3 Prozent ihrer Gage bezahlen müssen. Nun besteht aber die Bestimmung, daß man eigentlich vor 15 Jahren nichts von dieser Pensionskasse erhält. Wer unter der Zeit austritt oder wenn gekündigt wird, erhält nichts retour vergütet. Es ist dies eine grenzenlose Härte. Wenn ein Künstler oder eine Künstlerin 6-9 Jahre die 3 Prozent ihrer Gage bezahlt und ohne eigenes Verschulden entlassen wird, so sollte man ihnen doch wenigstens etwas vergüten. Ich glaube, daß wir doch ein selbständiges Theater haben und wir müssen unbedingt hier Remedur schaffen, sei es nun, daß die Pensionsfähigkeit früher eintritt oder auf andere Weise. Nach meiner Ansicht sollte man die Pensionsfähigkeit schon nach 6 Jahren einführen. Würde das der Fall sein, dann könnte man auch dazu übergehen, daß diejenigen, die vor 6 Jahren kündigen, die Hälfte ihrer Pensionsbeiträge zurückbekommen. Unter allen Umständen muß man dazu kommen, daß zwei Drittel des eingeschuldeten Betrages an die Künstler und Künstlerinnen wieder zurückbezahlt werden. Neben dieser Pensionskasse kommt dann noch die Kündigungskaufel in Betracht. Die Art, wie die Kontrakte abgeschlossen werden, ist derart, daß alle Rechte nur auf Seite der Verwaltung stehen. Wenn soll es nicht für begründet halten, daß man den Künstlern und Künstlerinnen bei ihrem Fortkommen in einer solchen Weise entgegentritt. Ich gebe zu, daß wir nicht in der Lage sind, unsere Künstler so bezahlen zu können, wie wir sie eigentlich nach ihren Leistungen bezahlen müssen, wenn wir berücksichtigen, wie die gesamte Künstlerchaft ohne Ausnahme ihre Kräfte abgibt, insbesondere am hiesigen Hoftheater, wo sie in einer Weise angestrengt sind, wie kaum an einer anderen Bühne. Wenn wir ferner berücksichtigen, daß wir nicht in der Lage sind, solche hohe Gagen zu zahlen, dann müssen wir zum allermindesten dazu übergehen, den Deuten auf eine andere Weise etwas zu bieten. Auch bezüglich der Überlastung der Künstler muß Remedur geschafft werden. Man darf nicht kleinlich sein. Wenn man große Ansprüche stellt, darf man sich nicht die besten Kräfte wegnehmen lassen. Ich möchte wünschen, daß der Stadtrat sich heute darüber erklärt, welche Stellung er zu der Pensionskasse und Abänderung der Theaterverträge einnimmt. Ich möchte gleich von vornherein bemerken, daß ich recht wohl weiß, daß die Sache wenig Geld in der Pensionskasse ist. Ich weiß auch sehr wohl, daß man diesen Schritt nicht überstürzen darf. Man hat aber gar andere Pläne — ich verweise nur auf diejenige der städtischen Beamten — so große Zuschüsse, daß auch hier größeres Entgegenkommen gezeigt werden darf. Unsere Garbenerbeiter bekamen im letzten Jahre eine Gratifikation von 5 M. Die Schneider haben dieses Jahr die Gratifikation nicht erhalten und warum? Weil das Geld dazu nicht ausgereicht hat. Im ganzen handelt es sich um 14 Leute. Es hat geheißen, daß sie im nächsten Jahre die Gratifikation wieder erhalten sollen. Ich möchte ferner auf einen Wunsch der Arbeiter zu sprechen kommen und der betrifft die Sonntagsgarantie. In allen Betrieben wird die Sonntagsgarantie mit einem Zuschlag bezahlt, nur bei uns nicht. Wenn nun auf der anderen Seite so lobhaft gepostet wird, so möchte ich darauf hinweisen, daß mir gelangt wurde, daß unsere Dekorationsisten in einer ziemlich großen Weise überhand genommen. Ich habe gegen die neuen Dekorationsisten nichts einzuwenden. Früher hatte man ein Magazin, heute 2. Ich habe auch gehört, daß eine Anzahl Dekorationsisten zusammengeschlossen und verbrannt wurde. Wenn man bedenkt, daß der Quadratmeter Dekoration 3-4 M. kostet, so wird man ersehen können, welche schöne Summe darin steckt. Man hätte die Dekorationsisten zum Verkauf bringen sollen. Unsere Theaterarbeiter haben sich ferner darüber beschwert, daß unser Hoftheatermeister Linnebach auswärtige Arbeiter haben kommen lassen, mit der Begründung, daß die hiesigen Arbeiter für den Dienst nicht genügen. Man hat aber hier einen guten Stamm von Arbeitern, die jahrelang diesen Dienst verrichteten. Ich möchte bitten, keine fremden Arbeiter mehr kommen zu lassen, um keine weitere Erbitterung unter den Arbeitern hervorzurufen. Redner erhebt an Schluß seiner Ausführungen den Stadtrat, mitzuteilen, welche Stellung er zu seinen Anregungen einnehme.

Str. Vogel kommt auf die letzte Bürgeranfrage zurück zu sprechen, in der die Gehaltsüberhöhung des Intendanten beschlossen wurde. Es wurde in der Debatte ausdrücklich erklärt, daß man sich vorbehalten wolle, auf anderes zurückzukommen. Er habe es für richtig gehalten, daß man damals, als der Intendant aus selbstverständlichen Gründen nicht anwesend war, sich mögliche Befürchtung anfertigte und nichts gegen das Theater vorbrachte, weil ja der Mann, der Auskunft geben konnte, nicht anwesend war. Selbstverständlich wolle er nicht die einzelnen Positionen benennen. Er möchte aber die Ausführungen des Str. Vogei unterstützen, soweit sie den Streit der Deutschen Bühnengenossenschaft mit dem Deutschen Bühnenverein betreffen. Es sei nicht zu begreifen, warum der Bühnenverein zu solchen Repressalien gegriffen habe. Es sei das zu bedauern sowie auch die Art und Weise, wie sich der Bühnenverein gegenüber der Künstlerchaft benommen habe. Er bedauere selbst, daß in den Theaterverträgen immer noch das einseitige Kündigungsrecht vorhanden sei. Sozial seien diese Verträge nicht. Die Künstler sind nicht mehr diejenigen, wie vor einem halben Jahrhundert, wo man sie als herumziehende Kapellen angesehen und für welche berartige Verträge angemessen waren. Die Künstlerchaft müsse gleichberechtigt sein. Der Theaterbetrieb dürfe nicht leiden. Er habe schon gesagt, daß das Budget etwas sehr eng gehalten ist und daß alles aufgewendet werden müsse, um kein Defizit aufzutreten zu lassen. Str. Vogei habe darauf hingewiesen, daß durch das neue System, welches der neue Intendant eingeführt, bedeutende Mehrausgaben für die Dekoration vorgenommen sind. Er wolle nicht für oder gegen dies sprechen. Er halte es sogar für richtig, über neue Wege nachzudenken. Er halte es sogar für richtig, über neue Wege nachzudenken. Ohne Zustimmung des Mannheimer Publikums werde man einen Ausschuss an Einnahmen haben. Es wurde in der letzten Bürgeranfrage auch erwähnt, daß der Besuch des Theaters ausgenommen habe. Redner vergleicht dann an einer von ihm angeführten Statistik vom Jahre 1904 bis zum Jahre 1908/09, daß der Besuch des Theaters nicht zu, sondern eher abgenommen habe. Wahrscheinlich für die Statistik waren die Monate September, Oktober,

November. Man ersehe daraus, daß der Besuch tatsächlich abgenommen hat. Bei dieser Berechnung sei bei ihm die Befürchtung entstanden, daß man vielleicht in diesem Jahre schon ein Defizit erleide. Die Ausgaben stehen fest, an denen könne nichts gespart werden. Die Einnahmen aber stehen nicht fest; wenn diese nicht gut eingeht, werde man einen Anfall haben. Es sei notwendig, daß den Wünschen des Publikums etwas mehr Rechnung getragen würde. Vom Publikum sei schon oft Beschwerde geführt worden bei Darstellung von Zimmereinrichtungen über den Soffittenvorhang. Dieser Vorhang hänge derart weit herunter, daß man von der Galerie aus von der Handlung fast gar nichts zu sehen bekomme. Den Hintergrund sehe man gar nicht. Der Herr Intendant sage, es sei für die Illusion besser, wenn dieser Soffittenvorhang recht weit herunterhänge. Er gebe das zu. Das Theater müsse aber dann auch hierfür eingerichtet sein. Durch den Mantel werde einem großen Teil der Zuschauer der Ausblick auf die Bühne verhindert. In der letzten Sitzung sei Str. Vogel auch auf den Personenwechsel zu sprechen gekommen und habe gesagt, daß schon bei Präfiz ein häufiger Wechsel stattfand. Es sei selbstverständlich, daß beim Theater Kündigungen vorkommen und auch vorkommen müssen. Immerhin aber dürften Kündigungen nur bis zu einem gewissen Grade erfolgen. Der Intendant dürfe nicht vergessen, daß gerade das Mannheimer Publikum ein sehr eigenartiges Publikum sei. Es läge an seinen Liebungen mit großer Anhänglichkeit. Es hängt auch dann noch an seinen Liebungen, selbst wenn diese durch ihr Alter mit ihrer künstlerischen Kraft nicht mehr auf der Höhe seien; auch dann werden sie hier nicht vergriffen. Man müsse mehr Rücksicht nehmen auf die Eigentümlichkeit des Mannheimer Publikums, daß man nicht zu viel seiner Liebungen auf einmal wegbricht. Er möchte den Herren Intendanten bitten, nachdem ihm der Bürgerausschuss und mit ihm die berufenen Vertreter der Mannheimer Bevölkerung durch die Gehaltsüberhöhung sein Vertrauen bewiesen habe, daß er auch, soweit es den künstlerischen Interessen entspricht, den Wünschen des hiesigen Publikums mehr entspreche. Er sei sehr überzeugt, daß dies nicht sein Schönes und auch nicht zum Nachteil des Hoftheaters sein werde. (Beifall.)

Intendant Dr. Hagemann: Ich will auf die einzelnen Punkte der Reihe nach ganz sachlich eingehen. Was den Streit zwischen Bühnengenossenschaft und Bühnenverein betrifft, so möchte ich bemerken, daß ich diesen Streit auf das allerheftigste bebaue und zwar zunächst aus einem allgemeinen Gesichtspunkt heraus. Ich bin der Ansicht, daß wir künstlerische Leistungen an das Theater mit dank stellen können, wenn ein gutes Einverständnis zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft besteht, vor allen Dingen, wenn der Bühnenverein hin und wieder selbst künstlerisch an die Spitze seiner Mitglieder tritt, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten. Ich bin nun von der Theaterkommission beauftragt worden, beim Bühnenverein hin und wieder selbst künstlerisch an die Spitze seiner Mitglieder tritt, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten. Ich bin nun von der Theaterkommission beauftragt worden, beim Bühnenverein hin und wieder selbst künstlerisch an die Spitze seiner Mitglieder tritt, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten. Ich bin nun von der Theaterkommission beauftragt worden, beim Bühnenverein hin und wieder selbst künstlerisch an die Spitze seiner Mitglieder tritt, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten.

Was den Sonntagsgeld betrifft, so muß ich sagen, die Theaterarbeiter haben außerordentlich viel zu tun. Aber dafür bekommen sie ja 2-3 Wochen Ferien und ihre freien Tage. Herr Vogei hat ferner über die Dekorationsisten gesprochen. Er hat gesagt, daß eine Anzahl von Dekorationsisten eingeschlossen und verbrannt worden seien. Unsere Magazine sind außerordentlich gut und in Ordnung. Doch müssen wir etwas Lust bekommen. Ich habe nun den Auftrag gegeben, daß wir die ganz alten Dekorationsisten, die überhaupt nicht mehr zu gebrauchen sind, entlassen. Darunter sind nun Dekorationsisten die 50 Jahre und noch älter sind. Jeder Fachmann wird mir beistimmen, daß solche Dekorationsisten nicht mehr zu gebrauchen sind. Es handelt sich vor allem um alte Oberon-Dekorationsisten. Wir haben seit 3 Jahren schöne neue dierfür. Ich will aber trotzdem die Anregung des Herrn Vogei folgen und will versuchen, diese Dinge zu verkaufen. Mein technischer Beirat wie auch ich sind aber der Meinung, daß man diese 50jährigen Dekorationsisten auch an seine kleine Bühne mehr verkaufen kann. Man ist mit der Austrangierung alter Dekorationsisten fürchtbar vorrätig.

Uebergend zu den Ausführungen des Herrn Stadtrats Vogel möchte ich gleich bei dem Thema Dekorationsisten beginnen. Herr Vogel hat gesagt, man habe heute bedeutend mehr Ausgaben als früher. Ich bin aber ganz besonders stolz darauf, dies mit den kleinen Mitteln, die hierfür im Budget stehen, durchgeführt zu haben. In den Jahren 1900/01 waren 14000 M. im Budget für Dekorationsisten. Im Spieljahre 1908/09 nur 18000 M. Ich habe die Herren der Theaterkommission angefragt, sie möchten ihre Position etwas erhöhen. Man hat mir aber die beantragten ein paar tausend Mark wieder gestrichen und ich muß jetzt wieder mit demselben Betrag auskommen. Solange ich hier die Theaterleitung habe, sind sämtliche Dekorationsisten hier im Hause erstellt worden. Dann hat Herr Stadtrat Vogel gesagt, ein neuer Weg dürfe nicht im Sturme, sondern nur im Schritt erobert werden. Nach meiner Ansicht geht die Ausführung meiner Pläne zu langsam vor. Dann hat Herr Str. Vogel seiner Statistik 3 Monate zugrunde gelegt, in denen der Besuch des Theaters sehr viel vom Weiter abhängt. Der September und Oktober ist gar nicht maßgebend für den Besuch eines Theaters, sondern vielmehr die Monate Dezember, Januar, Februar, März. Erstens möchte ich dazu noch bemerken, daß man nicht nur 3 Monate, sondern das ganze Theaterjahr hätte berechnen müssen. Zweitens möchte ich bemerken, daß unglücklich, wie Sie alle wissen, unsere Galerie numeriert worden ist. Man hat damit eine Anzahl Plätze verloren. Der Zustand war ganz miserabel. Es ist eine Beförderung der Verhältnisse eingetreten. Wir haben früher auf der Gallerie 170 Plätze ausgesetzt, heute nur noch 144. Auf der Galerie haben wir 84 Plätze weniger zu vergeben. Ich glaube, daß dies schon etwas anmacht. Auch die Stühle sind reduziert worden. Die Einnahmen des laufenden Jahres sind außerordentlich gut. Wir haben nicht nur die Voranschlagslöse für die Tageseinnahmen, sondern auch diejenigen unserer Abonnementsvorstellungen überschritten. Alles, was man jetzt noch einnimmt, liegt außer dem Voranschlag. Die Vorstellungen außer

Abonnement haben gleichfalls eine sehr günstige Einnahme ergeben. Die Reineinnahme, wie die Nachmittagsvorstellungen, sind immer außerordentlich stark besetzt. Von den voranschlagsmäßigen 72000 M. sind bis jetzt schon 68000 M. vereinnahmt worden, obwohl man noch 4 Monate Spielzeit hat. Die Einnahmen sind im ganzen gute und nach dem heutigen Stande unserer Finanzen ist es nahezu ausgeschlossen, daß wir mit einem Defizit abschließen, im Gegenteil, ich rechne bestimmt mit einem kleinen Ueberschuß.

Was nun die Wünsche des Publikums betrifft, so möchte ich zunächst auf die Mantelstrage etwas eingehen. Es ist richtig, daß man bei den neuen Dekorationszimmern, die allerdings nicht von mir kommen, den Mantel notgedrungen soweit herunterziehen muß, daß man vielleicht nicht alles beobachten kann. Läßt man den Mantel aber nicht soweit herunter, so sieht man in den ganzen Theaterbetrieb hinein. Ich gebe zu, daß die Hoftheaterzimmer hier und da die Ausführung etwas erschweren. Aber nur bei ganz niedrigen Zimmern. Bei anderen kommt dies nicht vor. Ich will nun versuchen, unsere neuen Zimmer einen halben Meter höher zu machen und ich glaube damit, diesem Wunsch der Besucher Rechnung zu tragen. Was nun die Frage der Kündigungen betrifft, so will ich auf diese etwas näher eingehen. Ich kann sagen, daß mir nichts angenehmer ist, als die fleißigen und leistungsfähigen Künstler ans zu erhalten und nicht weggehen zu lassen. Das ist selbstverständlich. Ein häufiger Wechsel erschwert nur den Theaterbetrieb. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß das Künstlerwerk eine gewisse Reizung zur Freizügigkeit besitzt. Wir gehören, wenn wir heischen sind, zu den mittleren Theatern, und wir sind, wie Sie auch wissen, ein Durchgangstheater. Wir wollen gute Künstler haben. Diese sind aber nur zu einer gewissen Zeit zu bekommen. Die Künstler bekommen verlockende Angebote einerseits, andererseits können wir die Künstler dann nicht mehr so bezahlen, wie diese es verlangen. Wenn Sie das bedenken, so müssen Sie selbst sagen, daß im allgemeinen der Wechsel an unserer Bühne nicht abnorm ist. Im nächsten Jahre wird eine Anzahl von Künstlern freiwillig von uns scheiden. Was die Kündigungsfrage betrifft, so wird diese geregelt werden. Sie können sich denken, daß wir die diesbezüglichen Auslagen soviel als möglich zu verkleinern suchen.

Redner konstatiert weiter, daß mit der „Lohengrin“-Aufführung an einem Werkzeuge eine Einnahme von 1600 M. erzielt wurde. Eine derartige Einnahme sei noch niemals dagewesen. Man werde es deshalb verstehen, daß er, wenn alle drei Detrus nichts austreten könnten, sich eine Detrus für 180 Mark von auswärtig kommen lasse, anstatt daß er eine Operette aufsehe, die einen Einnahmehausfall verursache. Im allgemeinen möchte er versprechen, daß er den Wünschen des Publikums nach wie vor in jeder Weise entsprechen werde. (Beifall.)

Str. Vogel bemerkt, er habe nicht willkürlich vier Monate heraufgegriffen. Gerade in diesem Jahre sei der September der beste Monat für das Theater. Das Theaterpublikum ziehe in der Zeit nach den Ferien wieder die Sehnsucht ins Theater. (Hurra links: Der 1. und 2. Rang sind immer noch leer im September.) Nein, nein. Das sind Abonnenten. Der September ist einer der besten Theatermonate. Durch das Schlußwort des Herrn Intendanten bin ich befriedigt. (Beifall.)

Überbürgermeister Martin kommt zunächst auf die Stellungnahme in dem Konflikt zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft zu sprechen. Es sei ohne weiteres zuzugeben, daß Frankfurt mit einer Erklärung hervortrat, die außerordentlich energisch war. Er habe, sobald die unliebsamen Erörterungen zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft in ein aktives Stadium getreten waren, die Angelegenheit zur Sprache gebracht und sich persönlich in Frankfurt nach den Motiven der ergriffenen Stellungnahme erkundigt. Von städtischen Theaterkommissionsdelegierten in Frankfurt habe er die Auskunft erhalten, daß man bei der Stadtverwaltung auf dem gleichen Standpunkt wie in Mannheim stehe. Eine Stellungnahme, wie in Frankfurt, hätte sehr leicht die Folge haben können, daß ein Theater, wie das Frankfurter, vom Bühnenverein ausgeschlossen werde. Die weitere Folge würde dann sein, daß ein solches Theater bedingungslos der Bühnengenossenschaft verfallen wäre und sich die Vertragsbedingungen diktiert lassen müßte. Dann aber wären die Rollen nicht mehr gleichmäßig verteilt. Die Frage sei rein akademisch. Was Mannheim erklärt habe, komme in vielen Punkten genau auf dasselbe heraus, wie in Frankfurt. Mannheim sei nur etwas verjöhlicher in der Form gewesen. In der Sache habe Mannheim ganz dasselbe erklärt. Man habe sich in allen Punkten auf die Seite der Genossenschaft gestellt, mit Ausnahme eines Punktes, der Veranlassung einer Vorstellung für die Genossenschaft. Wenn ein derartiges Gehalt gegeben. Die Erklärung der Theaterkommission in Freiburg sei eigentlich auch Punkt für Punkt das, was man in Mannheim erklärt habe. Es würde für alle Teile das Beste sein, wenn man sich verfühnen würde. Im übrigen stehe der Stadtrat selbstverständlich allen berechtigten Bestrebungen der Bühnengenossenschaft durchaus sympathisch gegenüber. Aber die Stadtverwaltung könne für sich allein einen neuen Theatervertrag nicht ausarbeiten. Die hiesigen Genossenschaftsmitglieder seien mit dem Vorgehen der Stadtverwaltung durchgehend einverstanden. Der Stadtrat habe sogar ein offizielles Dankschreiben erhalten. Wegen der Umarbeitung des Theaterpensionsstatuts (Schweizer, 3. Verhandlung). Die Beiträge der Pensionskassenmitglieder betragen heute rund 20000 Mark. Wenn diese Beiträge ausfielen, werde entweder die Stadtkasse Zuschüsse geben müssen oder man werde nach anderen Einnahmequellen Umschau halten und die Luftbarkeitssteuer oder etwas anderes ins Auge fassen müssen, um in Form einer Willkürsteuer den Ausschlag wieder einzubringen. Bezüglich der Theaterdekorationen wolle er nur das eine sagen, daß alle drei Theaterdekorationenmagazine aus der Zeit vor Dr. Hagemann kommen. Was die Besucherzahl betreffe, so sei es allerdings ganz richtig, daß die Zahlen variierten, sobald man nur einzelne Monate nehme. Er könne ohne weiteres einräumen, daß, wenn man die Monate bis zum 15. März nehme, die Zahl der Besucher durchschnittlich pro Vorstellung dieses Jahr etwas geringer sei wie im Vorjahre. Aber wenn man die Statistik zurückverfolge vom Jahre 1908 an, so werde man finden, daß durchschnittlich die Besucherzahl der Vorstellungen ständig ansteige. Man wolle hoffen, daß, wenn auf Ende des Theaterjahres die Statistik auch für das laufende Jahr feststeht, daß wieder die steigende Tendenz auch für dieses Jahr sich geltend gemacht habe. Dieser Hoffnung könne man umso mehr Ausdruck verleihen, als der Voran-

Schlag für die Tageseinnahme aus Abonnementsvorstellungen in diesem Jahre ganz erheblich überschritten worden sei. Man habe 680 Mark pro Vorstellung für Tageseinnahmen aus Abonnementsvorstellungen eingelegt. Man habe bis jetzt pro Vorstellung durchschnittlich 708 Mark eingenommen, ein Satz, der auch den Voranschlagsatz für 1909-10 mit 690 Mark noch um 18 Mark pro Vorstellung überschreite. Da man dieses Jahr im Frühjahr und Sommer voranschlägt nicht schlechter abschneide, dürfte man wohl den Voranschlagsatz für 1909-10 erreichen.

Stv. Dr. Weingart will sich auf die kurze Bemerkung beschränken, daß seine politischen Freunde bezüglich des Konfliktes zwischen Bühnengemeinschaft und Bühnengenossenschaft auf dem Standpunkt stünden, der von allen Seiten betont worden sei. Bezüglich des Mantels (Soffitenvorhangs) sei er auch der Meinung, daß man ihn etwas höher setzen sollte, damit man von oben etwas sehen könne. Er möchte die Frage an die Stadtverwaltung richten, wie es mit der Theaterbestuhlung bestellt sei. Er sei nicht der Meinung, daß alle Einwendungen der Abonnenten richtig gewesen wären. Aber selbst wenn man auf dem Standpunkt stehe, daß die Einwendungen der Parterreliegenhaber gerechtfertigt seien, müsse man anerkennen, daß die Theaterbestuhlung im Allgemeinen einer Erneuerung bedürfe.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, das Ergebnis der Rundfrage an sämtliche Abonnenten war folgendes: Der Revers, der vorgeschlagen wurde, war unbedingt anerkannt worden von 348 Abonnenten, ohne weiteres abgelehnt wurde er von 8 Abonnenten, unbestimmte und gleichgültige Antworten erteilten 4 Abonnenten, gegen die Votenbefreiung teils bedingt, teils unbedingt, teils schließlich bereit erklärt, das Abonnement beizubehalten haben sich 93; keine Antwort erteilten 100. Wie man hieraus ersehe, sei das Verhältnis eigentlich zu Gunsten der Rundfrage ein ganz günstiges gewesen. Trotzdem habe sich die Theaterkommission gesagt, der Prozentfuß derjenigen, die einen Zweifel geäußert haben, ist ein so großer, daß wir Bedenken tragen, ein derartiges einschneidendes Projekt, das so viel Geld kostet, dem Stadtrat und Bürgerausschuß zur Genehmigung vorzuschlagen. Man wolle einen Mittelweg gehen und sowohl die Voten wie das Parquet etwas verbessern, ohne daß man am System etwas wesentliches ändere. Für eine derartige Möglichkeit sei ein Modell in natürlicher Größe gebaut worden, das in einem leeren Kaufhausladen stehe. Er beabsichtige der Theaterkommission vorzuschlagen, den Abonnenten noch einmal Gelegenheit zu geben, sich das Modell anzusehen. Sollte der Vorschlag Annahme finden, dann werde es möglich sein, die Stühle so zu erneuern, wie sie jetzt sind. Eine andere Veränderung sei nicht möglich ohne eine ganz außerordentliche Verringerung der Sitze. Wenn man in jeder Reihe Sätze wegnehme, könne man sie auch bequem machen. Aber dann verliere man eine außerordentliche Einnahmequote. Das habe man vermeiden wollen. Jedenfalls werde die Durchführung in diesen Theaterferien nicht mehr möglich sein, sondern frühestens in den nächsten.

Stv. Ged führt aus, bei der Besetzung der Theaterkommission sei mit dem üblichen Grundsatze gebrochen worden dadurch, daß man den Antrag seiner Fraktion, durch einen Abgeordneten in der Kommission vertreten zu sein, nicht stattgegeben habe. Er wisse nicht, ob sachliche oder persönliche Gründe dafür maßgebend waren. Jedenfalls interessiere sich seine Fraktion dafür, zu hören, was der Grund gewesen sein sollte. Er wundere sich darüber, daß in der Diskussion über die Frequenz unseres Hoftheaters nicht angeführt worden sei, daß man seit einigen Jahren ein zweites Theater habe, das Neue Theater im Rosengarten, dessen Besuch einermassen in Berücksichtigung gezogen werden müsse bei der Gesamtfrequenz. Herr Stv. Vogel habe mit seiner nicht ganz einwandfreien Aufmachung bis 1901 zurückgegriffen. Da sei das Neue Theater noch nicht vorhanden gewesen. Die Frequenz des Neuen Theaters müsse ungünstig auf den Besuch des Hoftheaters einwirken. Wenn man die Sache ganz objektiv betrachten wolle, so müßte man mindestens zugeben werden, daß das Neue Theater dem Hoftheater eine ganz wesentliche Konkurrenz mache. Auch die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage müsse berücksichtigt werden. Wenn man zudem in Berücksichtigung ziehe, daß man in den letzten Tagen und Wochen oft hören mußte, daß keine Billette mehr zu haben waren, so müsse man den Eindruck gewinnen, daß die Statistik des Herrn Stv. Vogel mit den Tatsachen nicht ganz übereinstimme. Aus der heutigen Debatte sei die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß im Allgemeinen eine gewisse Vernünftigkeit des Publikums in seiner Stellungnahme zum Hoftheater und seinem Weiter Platz gegriffen habe. Man habe in dieser Hinsicht sehr schwere Zeiten hinter sich. Es liege keines Erachtens nicht allein am Leiter des Theaters, sondern am Publikum selbst, dafür zu sorgen, daß die Beziehungen zwischen beiden Faktoren verbessert würden und da könne das Publikum seinerseits sehr viel dazu beitragen. Es habe eine Zeit gegeben, wo die Kritik eine nicht in allen Dingen sachliche und objektive gewesen sei und insbesondere nicht der hypothetischen Kritik entsprochen habe, die man einem derartigen Zustande entgegenbringen müßte. Wenn man den Eindruck gewinnen, daß endlich der rein sachliche Gesichtspunkt in den Vordergrund geschoben werde, so würde seine Fraktion das sehr freuen. Es könnte jeder Einzelne dazu beitragen, daß die Zustände noch besser werden, daß in Zukunft wieder eine gewisse Vorurteilsfreiheit, eine gewisse sachliche Objektivität an die Stelle von persönlicher Voreingenommenheit trete und die Beziehungen zwischen Bühne und Publikum in Zukunft wieder bessere würden.

Stv. Wätjger bemerkt, es sei in den Kreisen der Theaterbesucher, soweit die Volksvorstellungen zu Einheitspreisen in Frage kommen, begrüßt worden, daß die Theaterkommission dafür gesorgt habe, daß nicht mehr Leute in diese Vorstellungen kämen, für die sie nicht bestimmt seien. Weiter möchte er dem Wunsch Ausdruck geben, die Intendanz möge noch zwei Opernvorstellungen in den Spielplan der Volksvorstellungen zu Einheitspreisen einfügen. Bei Volksvorstellungen sollte man ferner nicht in Wiederholungen verfallen. Die Galeriesitze sollten noch einmal einer genaueren Untersuchung unterzogen werden. Ihm scheine, daß die Plätze noch mehr verengt worden seien, als eigentlich zulässig sei. Nach der Bühne zu müßten zwischen zwei Eisenstangen vier Personen Platz nehmen. Er möchte die Theaterkommission und die Intendanz bitten, der Sache noch einmal auf den Grund zu gehen und dafür zu sorgen, daß die Mißstände abgeklärt würden.

Stv. Wüst fragt an, ob die Unterabonnenten der Logen bei der Umfrage wegen der Neubezählung auch gefragt wurden.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, soweit sie bekannt seien, seien sie gefragt worden. Die Frage des Stv. Ged, welche Gründe für die Zusammenlegung der Theaterkommission maßgebend gewesen seien, bedauere er nicht beantwortet zu können, da man darüber im Stadtrat geheim abgestimmt habe, weil Personenfragen mit hineinspielen. Es handelte sich darum, ob von den Kommissionsmitgliedern das eine oder andere nicht mehr gewählt werden sollte. Dies wurde in geheimer Abstimmung entschieden und diese Abstimmung habe entschieden, wie die Kommission heute sei.

Stv. Ged erwidert, daß sei eine Auskunft, die sachlich richtig sein möge, die aber grundsätzlich zu verwerfen sei. Er könne nicht einsehen, warum ein berechtigter Anspruch seiner Fraktion aus rein persönlichen Gründen abgelehnt werde. Es hänge ganz von einem unglücklichen Zufall ab, daß seine Fraktion überhaupt in die Kommission hineinkomme. Wenn der Anspruch seiner Fraktion prinzipiell anerkannt werde, könnten persönliche Ansichten dabei keine Rolle spielen, denn er wisse nicht, ob die Rücksicht auf eine einzelne Persönlichkeit höher stehe, als die Rücksicht auf eine große Fraktion und die große Mehrheit der Mannheimer Bevölkerung. Die Personenfrage komme in zweiter Linie.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, über die Zusammenstellung der Mitglieder der einzelnen städtischen Kommissionen werde im Stadtrat entschieden. Wenn der Stadtrat beschliesse, geheim abzustimmen, müsse es geschehen. Jedes einzelne Mitglied sei bezüglich der Stimmabgabe souverän.

Stv. Ged erwidert, es bleibe ihm nur übrig, festzustellen, daß der Stadtrat sich weigere, über den Antrag seiner Fraktion abzustimmen.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, wie bei der nächsten Gelegenheit die Entscheidung ausfalle, wisse er nicht, wisse auch jedenfalls der Stadtrat nicht.

Stv. Süßkind stellt fest, daß das Vorgehen des Stadtrats jedem parlamentarischen Gebrauch widerspreche. Es müsse konstatiert werden, daß hier die sozialdemokratische Fraktion verweigert worden sei. Seine Fraktion finde sich mit dieser Sachlage ab. Mit dieser Vergewaltigung werde das Vertrauen in das Theater nicht wachsen. Für ihn wäre dieser Punkt so schwerwiegend, daß er für seine Person eine ganz andere Stellung gegen das Theater eingenommen hätte, wie die beiden Vorredner seiner Fraktion, um zu beweisen, daß man die Verantwortung ablehne, wenn seiner Fraktion eine Vertretung in der Kommission verweigert werde. Damit ist die Theaterdebatte geschlossen.

Bei Position 341 „Künstlerische und wissenschaftliche Einrichtungen und Vereine“ wünscht

Stv. Robert Kramer unentgeltliche Ueberlassung der Turnhalle für den Arbeiterturnverein, der für die Turnhalle 700 Mark bezahle. Stadtschulrat Dr. Sidingen wolle offenbar verhindern, daß dem Turnverein Konkurrenz gemacht wird. Sonst würde man dem Arbeiterturnverein eine geräumigere Turnhalle zur Verfügung stellen.

Stv. Himmele bringt verschiedene Wünsche für die städtische Gemäldesammlung gelegentlich ihrer Unterbringung in der Kunsthalle vor. Vor allem sollten an den Wänden kleine Schildchen angebracht werden, die über das Bild eine kurze Erläuterung geben, weil der Katalog nicht von jedem Besucher angeschafft werden könnte.

Stv. Hausd fragt an, warum man den Beitrag für den Frauenverein Waldhof zur Abhaltung von Kochkursen nicht mehr eingelegt habe. Er wüßte den Betrag wieder eingelegt. Des Weiteren wüßte er einen Beitrag für den Tuberkuloseauskuß Waldhof.

Oberbürgermeister Martin weist darauf hin, daß man nur Beiträge bewilligen könne, um die vorher nachgeschickt werde.

Stv. Wüß bedauert, daß der Beitrag für den Rekreationsverein gestrichen worden ist.

Stv. W. Fuld a bedauert ebenfalls diese Maßnahme. Man werde es dahin bringen, daß der Verein mit einem Defizit arbeite.

Bürgermeister v. Sollaender bemerkt, man erhebe für die Turnhalle eine Miete von 60 Mark pro Abend. Das wäre nicht hoch. Man glaube aber auch, die Miethöhe beibehalten zu müssen, weil der Andrang seitens der Turnvereine zu groß sei. Der Stadtschulrat habe die zu große Benutzung der Turnhallen für hygienisch nicht einwandfrei erklärt. Alle Vereine würden gleichmäßig behandelt. Die Turnhalle in K 6 könne nicht dem Arbeiterturnverein überwiesen werden, weil der Turnverein „Columbus“ sie nicht abtrete. Es liege der Stadtverwaltung vollständig fern, dem Arbeiterturnverein weniger entgegenzukommen als den anderen Turnvereinen.

Stv. Dr. Sidingen weist darauf hin, daß man im Laufe der letzten Tage wiederholt Gelegenheit gehabt habe, zu konstatieren, daß man allen Wünschen objektiv entgegenkomme. Die Meinung, daß er als Hauptvorsitzender der Mannheimer-Ludwigshafener Turnerschaft der sozialdemokratischen Turnerschaft nicht objektiv gegenüberstehe, habe er bereits gegenüber den Herren, die mit ihm verhandelt hätten, richtig gestellt. Er habe bei dieser Gelegenheit schon gesagt, daß rein sachliche Erwägungen maßgebend waren. Die Turnhalle in K 6 müsse in den wenigen Stunden, in denen sie noch frei sei, reserviert bleiben für Fälle, bei denen unsere Lehrerschaft unter Umständen ein größeres Losol brauche zu Vreden etc., auch für amtliche Konferenzen. Die Schulkommission habe sich noch dem Vorschlag des Schulrates auf den Standpunkt gestellt, daß die Turnhalle nicht in beliebigem Maße ausgenutzt werden könnte, denn sie sei in erster Linie für die Schule bestimmt. Man habe früher den Grundsatze vertreten, daß die Turnhallen nicht mehr als 32 Stunden in der Woche benutzt werden dürften. Diese Zeit sei auf seinen Vorschlag, um den Turnvereinen entgegenzukommen, auf 36 Stunden heraufgesetzt worden. Ein weiteres Entgegenkommen sei nicht zu rechtfertigen aufgrund der Schulhygiene. Bei der Schullehrerbibliothek sei eine Neukonstruktion vorgenommen worden. Die Kinder wählten nicht mehr plan- und ziellos. Die Lehrerschaft habe für die oberen Klassenstufen einzelne Bücher ausgewählt. Man unterscheide drei Lesarten: die Klassen-, Gruppen- und Einzellesart. Bei der Gruppen- und Klassenlesart sehe man darauf, daß das, was gelesen werde, im engsten Zusammenhang mit dem Unterricht stehe, wodurch ein außerordentliches Interesse bei den Kin-

dern erweckt und die Lektüre fruchtbarer gemacht werde. Um so mehr sei es wünschenswert, daß, wenn das Interesse an der Lektüre gewachse sei, eine Fortsetzung stattfinden über 14 Jahre hinaus. Deswegen habe er es als notwendig bezeichnet, daß im Anschluß an die Volksbibliothek eine Jugendbibliothek eingerichtet werde.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, es sei gefragt worden, warum man dem Verkehrsverein den Beitrag entzogen habe. Das gebe ihm Anlaß, kurz darauf hinzuweisen, daß man in Mannheim an Vereinsbeiträgen aus der Stadtkasse so außerordentliches leiste, wie keine andere Stadt. Mannheim marchiere mit 76 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung an der Spitze aller deutschen Städte. Frankfurt zahle nur 68 Pfennig. Dann gehe es plötzlich herunter auf 38 Pf. und 32 Pf. Es sei deshalb wünschenswert, die Frage zu prüfen, ob man dieses Tempo fortsetzen oder eine kleine Bremsen ansetzen sollte. Wenn es so weiter gehe, werde die Summe immer höher. Es seien schon Vereine auf die bestimmte Aussicht hin gegründet worden, von der Stadt einen namhaften Beitrag zu bekommen. Was den Verkehrsverein betreffe, so wolle er ohne weiteres zugeben, daß es sich hier um einen Verein von eminenter Gemeinnützigkeit handle, der außerordentlich segensreich bereits gewirkt habe und auch fernerhin noch wirken werde. Der Verein verdiene eine städtische Unterstützung schon deswegen, weil er eine Reihe von Aufgaben erfülle, die sonst die Gemeinde unter allen Umständen erfüllen müßte.

Nun habe man aber dem Verkehrsverein den Beitrag durchaus nicht entzogen, sondern von vornherein einen Beitrag von 3000 M. zugesichert. Von 5000 M. sei nie die Rede gewesen. Der Verein habe 3 Jahre hintereinander zu diesem Beitrag einen besonderen Beitrag von 2000 M. bekommen aus ganz besonderen Gründen. Das erstemal mit Rücksicht auf die erste Einrichtung des Vereins, das zweitemal nach längeren Erörterungen lediglich mit Rücksicht auf das Stadtbild und die Ausstellung. Beim drittenmal im Jahre 1908 war der Beitrag wieder auf die ursprüngliche Höhe von 3000 M. normiert. Dann begannen Verhandlungen mit dem Verein dahingehend, ob er geneigt sei, eine Anzahl von speziellen städtischen Aufgaben zu übernehmen, darunter namentlich die Ausführung eines Hofenplanes für die Festungen. Der Verkehrsverein habe dies auch zugesagt und speziell für die Durchführung dieser Aufgaben blieb es wieder bei dem Extrabeitrag von 2000 M. So hänge die Sache zusammen. Diese speziellen Aufgaben konnten im Jahre 1908 nicht im vollen Umfange durchgeführt werden, weil der Verein schon ein anderes Programm aufgestellt hatte. Der Stadtrat sei unter diesen Umständen der Meinung gewesen, daß man wieder auf den Beitrag von 3000 M. zurückgehen könne, da in diesem Jahre keine außerordentlichen Verhältnisse vorlägen, ferner aus dem allgemeinen weiteren Grunde, daß man bei der städtischen Finanzlage befreit sein müsse, die Vereinsbeiträge, wo möglich, zu reduzieren. Man habe jetzt auch an Vereinsbeiträgen die Summe von 17000 M. gespart. Der letzte Grund sei, daß der Anteil, Beiträge zu leisten, wegfalle, wenn die Stadt Beiträge gebe. Er möchte deshalb den öffentlichen Appell an die Bevölkerung richten, dem Verkehrsverein durch Erhöhung der Beiträge oder Erweiterung der Mitgliedschaft die Möglichkeit zu geben, seine Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen.

Stv. W. Fuld a bemerkt, daß die Mitgliedsbeiträge nicht so zahlreich zuliegen, wie angenommen wurde. Die Aktionskraft wüßte dadurch sehr gemindert. Heidelberg unterläßt seinen Verkehrsverein mit 14000 M. jährlich. Nun wüßte man mir sagen, Heidelberg ist eine Fremdenstadt. Aber wir in Mannheim wollen doch auch Fremde heranziehen. Eine Stiftung der Stadt ist absolut notwendig.

Oberbürgermeister Martin: Es ist ihm nicht bekannt, daß Heidelberg 14000 M. Zuschuß gibt, aber sonst sei ihm bekannt, daß Freiburg seinem Verkehrsverein 3000 M. Zuschuß gibt.

Stv. Darmstädter weist darauf hin, daß die Stadt Karlsruhe außer den 3000 M. den Beamten und das Bataillon stelle, außerdem seine Führer selbst herausgäbe. Eine Erhöhung der Einnahmen herbeizuführen, so schon wiederholt versucht worden.

Stv. Rob. Kramer kommt nochmals auf die Turnhalle zu sprechen und verlangt ein gerechtes Vorgehen seitens des Stadtrats.

Stv. Ged führt aus, daß er eine kurze Bemerkung zu Pos. 14 auf S. 78 (Kongress v. Verdun, färb. Industrieller) zu machen habe. Es sei ihm wohl begreiflich und er habe es auch dem Herr. Herrn nachgeschickt, daß es für die Vertreter der Stadt oft sehr schwierig und auch eine unangenehme Aufgabe sei, gelegentlich einer öffentlichen Repräsentation eine schöne Begrüßungsrede zu halten. Es sei dies auch deshalb nicht immer angenehm, weil man ein gewisses Maß von Spezialkenntnis mitbringen müsse. Die Schwierigkeit derartiger Begrüßungs- und Festreden werde noch gesteigert, wenn es sich dabei um Veranstaltungen politischer oder wirtschaftlicher Natur handle, die einen ausgeprochenen Charakter gegen einen anderen Teil der Bevölkerung trägt. Der erfahrene Redner wird bei solchen Veranstaltungen sich meistens darauf beschränken schöne Reden zu halten, sich in allgemeinen verbindlichen Wendungen zu ergehen, die zu nichts verpflichten und man wird die Rede mit großer Genugtuung aufnehmen ohne daß in ihr ein einziger positiver Gedanke zum Ausdruck gekommen ist. Er möchte den Herren von der Stadterwaltung, die in Zukunft mit der Erfüllung derartiger öffentlicher Repräsentationspflichten betraut werden, aus verschiedenen Gründen recht warm ans Herz legen, zu vermeiden, daß nach außen oder innen der Eindruck erweckt wird, als ob man allzu tiefe Überlegungen vor einer einzelnen Korporation mache.

Oberbürgermeister Martin entgegnet, daß es außerordentlich schwierig sei, dem Herrn Stv. Ged zu folgen und eine lange Rede ohne Gedanken zu halten. (Heiterkeit) Aber wir wollen uns bemühen, dem Wunsch Folge zu leisten. Er müsse jedoch den Herrn Kollegen hinter, um den es sich hier handelt, in Schutz nehmen und ihm seine besondere Anerkennung ausdrücken, daß er in der Tat in ganz kurzer Frist seine schon etwas durchdachte Begrüßungsrede vollständig umstoßen mußte, da er bei der Begrüßung zuerst gesprochen hätte. Herr Dr. Hinter hat diese Rede gehört und dann zu seinem Schrecken wahrgenommen, daß er seine vorher ausgearbeitete Rede nicht mehr gebrauchen könne. Im allgemeinen verspreche er dem Herrn Stv. Ged, daß man möglichst bemüht sein werde, gedankenlos zu sprechen. (Heiterkeit)

Stv. Mainger kritisiert bei Position 35 „Beiträge und Umzügen an Bezirks- und Kreisfahrdienste“ den Kreisfahrdienst in Ladenburg, der nach seiner Ansicht viel zu teuer hergestellt wurde. Was man an dem Bau vergessen habe, sei die Errichtung einer Dienerswohnung. Man habe ihm erwidert, daß dies nicht eingerichtet wurde wegen Anstehungsgefahr. Wenn aber die Kinder des Lehrers die Wägen bekommen, so sei dies doch auch eine Anstehungsgefahr. Es werde auch nicht auf die Finanzen Rücksicht genommen, so wie es sich gehöre. Man müsse Summen bezahlen, die unsere jetzigen finanziellen Verhältnisse weit übersteigen. Auch sei Mannheim in der Kreisverwaltung

Ein wunderbare Liebe zu Deutschland besiel, und es gab ihm keine Erschütterung, wenn er mit tausenden Gefährten über dieses arme Deutschland herfiel, nicht aus Liebe, sondern weil ihn die Spottlust, die Freude an beidem Wort dazu trieb. Er hat die Befehle der Menschheit geliebt und bald ebenso glücklich gehandelt. So sehr ich Heinrich Heine, keine verkürzte Biographie, und ich gestehe, der Dichter ist mir nie kleiner, nie weniger groß, nie weniger liebenswert dadurch erschienen, daß sein Selbstbildnis auch hätte und fremde Fäße trag, ebenso die Kraft hatte, ungewöhnlich anzugehen, wie im nächsten Augenblick ungewöhnlich abzutreten.

Herrn Dr. Wolffs Vortrag über Heinrich Heine, der wie gesagt, von einer harten und schwärmerischen Liebe für den Dichter durchglüht und daher sehr eindrucksvoll wirken mußte, fand lebhaften Beifall. Frau Ullrich, Herr Gög, Herr Schneider und Herr Trautz trugen dann zur Feier Heines Verse vor. Zum großen Teil waren es Verse aus unserer Schönheitsfestschriften und schönheitsfestlichen Stunden. Es war der Heinrich Heine, in dessen Herzen ein reiner Schein deutschen Gemüts wärmte und schürzte, nicht das Kavaliers- und des edlen und des ebenso oft unechten Heines.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Juba, 22. März. (Privat-Tele.) In der vergangenen Nacht sind die Juba und deren Zuflüsse Njaba und Sane über ihre Ufer getreten. In der Nacht liegt noch sehr viel Schnee, doch wird durch die Schneeschmelze keine ernste Katastrophe befürchtet, da der Boden schon viel Wasser aufnehmen kann und Stauungen durch Treibeis nicht mehr zu befürchten sind.

* Paris, 22. März. Aus Wien (Dep. Larn) wird gemeldet, daß der Erzbischof Rignold sich nach Mazamet begeben hat und in der dortigen Erlöserkirche eine Predigt hielt, in der er die Arbeitgeber und ausständigen Volkstempel zur Veröhnung aufzuforderte. Es heißt, daß der Erzbischof bei dieser Gelegenheit den Ausständigen eine Geldunterstützung überbracht habe.

* Paris, 22. März. Bei den gestern stattgefundenen 12 Kammerwahlen wurden 5 Sozialradikale und ein gemäßigter Sozialist gewählt. Die gemäßigten Sozialisten gemahnen hierdurch mit großer Mehrheit das Mandat von Amiens das bisher die Sozialradikale inne hatten. In 5 Wahlbezirken sind Stichwahlen erforderlich. 1 Wahlbezirk von Sartene auf der Insel Korsika steht noch aus.

* Chansville (Subiana), 21. März. Bei der Explosion in der Kohlengrube Sonne Side sind fünf Bergleute getötet und 20 verwundet worden.

* Prag, 21. März. Auch am heutigen Sonntag verübten die Tschechen verärgerte Angriffe auf die deutschen Studenten, daß Polizei und Gendarmerie blutig zücken und den Ungehörigen räumen mußten.

Der Streik der Pariser Postbeamten.

* Paris, 21. März. (Abends.) Heute nachmittag fand eine Versammlung der ausständigen Postbeamten statt. Die Redner versicherten, daß der Ausstand, der das Publikum und die Presse auf seiner Seite habe, Erfolg haben werde. Sie forderten die Anwesenden auf, nicht dem Kampfe abzulassen, da auch die Provinz sich der Bewegung anschließen. Ein Redner erklärte, daß mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet seien und daß alle ausständigen Beamten morgen früh den Dienst wieder aufnehmen würden, wenn der Ministerpräsident Clemenceau ihnen Genugthuung bieten würde. Die Versammlung dauerte noch, während man mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau verhandelte, an.

* Paris, 22. März. Der Streikausschuß der Post- und Telegraphenbeamten hatte gestern eine Unterredung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten Darbon und dem Ministerpräsidenten Clemenceau, der erklärte, daß niemand abgesetzt werden sollte, falls der Dienst bis spätestens Dienstag wieder aufgenommen würde. Der Minister versprach, daß man die Forderungen der Post- und Telegraphenbeamten mit Wohlwollen prüfen werde. Der Streikausschuß beschloß unter diesen Umständen, die Wiederaufnahme der Arbeit für Dienstag zu empfehlen. Die in der St. Paul-Turnhalle versammelten 8000 Post- und Telegraphenbeamten nahmen den Beschluß nicht an und beschloßen die Fortsetzung des Ausstandes bis zum äußersten. Dagegen stimmten die unteren Post- und Telegraphenbeamten sowie die Arbeiter zu, nachdem ihnen der Obmann des Streikausschusses erklärte, daß Unterstaatssekretär Simpson in sehr kurzer Zeit seine Entlassung nehmen werde. Das Amtsblatt veröffentlicht heute einen längeren Erlaß Simons über die Abkommensverhältnisse der Post- und Telegraphenbeamten, in welchem er den von den letzteren ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu tragen sucht.

Die Haltung Bulgariens.

* Sofia, 21. März. In einer Besprechung des österreichisch-serbischen Konfliktes sagt die offiziöse „Breme“: Die bulgarische öffentliche Meinung hat sich bisher mit diesem Konflikt wenig befaßt. Schließlich drängt sich aber die Frage auf, welche Haltung sie bei einem eventuellen Kriege einnehmen wird. Die russische Presse hat in letzter Zeit den Wunsch geäußert, Bulgarien an der Seite Serbiens zu sehen. Bulgarien könnte wohl alles Böse vergessen, das ihm von serbischer Seite widerfahren sei, vielmehr auch die serbischen Missetaten in Mazedonien. Keineswegs aber könne Bulgarien seine eigenen realen Interessen aufgeben und sich den Hoff eines anderen Staates anschließen, bloß um unnütze Opfer zu bringen, welche die nationalen und staatlichen Interessen schädigen würden.

Berliner Drahtbericht.

Von unserem Berliner Bureau.

□ Berlin, 22. März. Gestern nachmittag ist hier im Alter von 87 Jahren Graf Friedrich von Perponcher nach kurzem Krankenlager gestorben. Graf von Perponcher war Vorstand der Hofhaltung der verstorbenen Kaiserin Augusta. Mit ihm scheidet der älteste der Berliner Hofbeamten aus der Zeit des alten Kaisers aus den Reihen der Lebenden. Graf von Perponcher war mit einer Schwelgerin des aus dem Hardenprozeß bekannten Graf Runo v. Nolke verheiratet.

□ Berlin, 22. März. Der Geh. Medizinalrat Dr. Kenderz, der auch Hausarzt des Fürsten Bülow ist, ist am Samstag plötzlich erkrankt und hat sich gestern vormittag einer sehr schwierigen Gallensteinoperation unterziehen müssen.

Eine Albert Reifowsky-Stiftung.

□ Berlin, 22. März. Matkowsky Testament enthält eine Bestimmung, daß eine Albert Reifowsky-Stiftung für Veteranen der Schanzplankunst begründet werden soll. Die Gattin des Toten hat durch ihr Verzicht auf das durch Matkowsky hinterlassene Erbe, diese Stiftung ermöglicht.

Die Karaben auf Samoa.

□ Berlin, 22. März. Wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, sind jetzt die beiden Kreuzer „Leipzig“ und „Albatros“ vor Apia eingetroffen, sobald der dortselbst anwesende Vizeadmiral Coetper seine militärischen Maßnahmen treffen und nötigenfalls energisch ausführen kann. Das Kanonenboot „Jaguar“ soll am Dienstag eintreffen.

Aussicht auf Frieden.

□ Berlin, 22. März. Aus Wien wird über die dortige Stimmung dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Die Beurteilung der Lage ist noch immer unsicher, doch neigt man jetzt zu der Ansicht, daß der serbische Konflikt schließlich eine friedliche Lösung finden wird. Aus Paris wird die Zustimmung auslands zu dem englischen Vorschlag signalisiert, der wohlwollend und entgegenkommend zu sein scheint. Auch Neuherungen Baron Lehrenbals, welche den Weg in die Presse gefunden haben, zeigen, daß der Minister die Sache des Friedens noch nicht für verloren hält. In Belgrad scheint man ernstlich den Rückzug in Erwägung zu ziehen. — Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Petersburg: Der in Gegenwart des Kaisers in Jaroslawe Sjele abgehaltene Ministerrat sprach sich einstimmig gegen den Krieg aus.

□ Berlin, 22. März. Geheimrat Rudolf v. Gottschall ist gestern früh 2 Uhr im Alter von 86 Jahren in Leipzig, wo er bislang gelebt, gestorben.

Professor Delbrück über die Reichsfinanzreform.

□ Berlin, 22. März. Gestern nachmittag hatte der jungliberale Verein von Groß-Berlin nach den Prachtsälen des Westens eine Versammlung einberufen, in welcher Professor Delbrück über die Reichsfinanzreform sprach. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht. Ihr wohnen auch verschiedene nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete bei. Professor Delbrück legte unter eingehender Begründung dar, daß die Nachlaß- bzw. Erbschaftsteuer einen gerechten Ausgleich durch eine Belastung des Vermögens herbeiführe. Sie gebe eine vorzügliche Kontrolle des Einkommens, das bei der jetzigen Deklaration nicht immer richtig besteuert werde. Professor Delbrück erwähnte sodann die bekannte Broschüre Steinmann-Buchers, welcher behauptet, daß das deutsche Volksvermögen etwa 350 Milliarden betrage, wovon nur etwa 20 Milliarden tatsächlich versteuert seien. Diese Erwägung habe ihn veranlaßt, mit Genehmigung des Finanzministers zur Nachprüfung der Steinmann'schen Behauptung zusammen mit dem Professor Ballad eine Konferenz mit dem Steuerdirektor unter Ueberlassung des gesamten Materials abzuhalten. Trotz zahlreicher Abzüge sei doch immerhin anzunehmen, daß unter den jetzigen Verhältnissen 40—50 Milliarden Vermögen unversuert bleiben. Dieses heranzuziehen, sei eine nationale Pflicht. Delbrück wandte sich darauf gegen die Demagogie des Bundes der Landwirte und meinte, die Reichstagskommission habe unter dem Druck des Bundes der Landwirte gehandelt, als sie das unzureichbare Steuerkompromiß annahm. Das deutsche Volk müsse sich entschieden gegen diese Demagogie erklären. Es mache einen kläglichen Eindruck, daß die Vertreter des deutschen Volkes seit 4 Monaten zusammensitzen und nichts herausbringen. Wählerndessen türmen sich am politischen Himmel die Wetterwolken und jeden Augenblick kann der zündende Blitz niederfahren. Während dessen streiten sich die Vertreter des deutschen Volkes um kleinliche materielle Interessen. Wir sprechen unsern Unwillen und unsere Entrüstung aus, wie die Reichsfinanzreform verhandelt worden ist. In diesem Sinne wurde eine Resolution angenommen, die erklärt, in einer Nachlaß- oder Erbschaftsteuer das unentbehrliche Mittel zu sehen, die Reichsfinanzreform auf festen Boden zu stellen und zu sichern. Die Versammlung erwartet, daß der Reichsanwalt und die verbündeten Regierungen alle Kraft aufbieten werden, das selbstfüchtige und unpatriotische Gebaren der Parteien niederzulämpfen. — Darauf betrat, von minutenlangem Beifall und Bravourufen und Händeklatschen begrüßt, Professor Adolf Wagner die Tribüne und erklärte, er stimme der Resolution im wesentlichen bei. Die Erbschaftsteuer beruhe auf wissenschaftlicher Grundlage. Er könne dies in dieser Versammlung wohl sagen, ohne sich lächerlich zu machen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Zur Erhaltung des Reiches sei eine kräftige Finanzreform notwendig. Wir wollen uns nicht verderben lassen, was Kaiser Wilhelm und Bismarck aufgebaut haben. Der junge Deutsche muß mit der Waffe in der Hand das Vaterland verteidigen, der gereifte Mann muß ebenfalls Opfer bringen, indem er seine Steuer aufbringt. Wenn wir diese Opfer nicht bringen, wird uns wohl ein größeres Opfer auferlegt werden.

Volkswirtschaft.

Bälgische Banl.

Der Geschäftsbericht für 1908 fährt einleitend aus, daß der im Vorjahr auf allen Geldmärkten lauhende Druck sich im Jahre 1908 allmählich löste. Die Verbilligung des Geldmarktes hat zum großen Teil ihre Ursache in der weiteren Verschärfung der rückläufigen Konjunktur und konnte bei der Ungunst der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Unternehmungskraft auch nicht neu beleben. Für das Bankgewerbe war das abgelaufene Jahr kein gutes, die Kreditverhältnisse waren zwar durch den schlechten Eingang der Außenstände verhältnismäßig lebhaft, das Zinsenkonto brachte aber in Folge der ermäßigten Zinssätze erheblich weniger, da der Durchschnittssatz der Reichsbank sich auf 4,75 pCt. stellte gegen 6,00 pCt. im Vorjahr. Das Provisionskonto dagegen zeigt eine weitere Steigerung. Ebenso ist der Gewinn aus dem Effektenhandel gegen die letzten Jahre gesunken, wozu Kursrückstellungen bei schwerverzinslichen Werte beitragen. Der eigene Effektenbestand zeigt eine kleine Minderung trotz Erhöhung des Besizes an Staatspapieren. Die Emittentenbewegung war recht lebhaft, namentlich in sah verzinslichen Wertes. Staats- und Stadtschulden und solche großer industrieller Gesellschaften fanden gute Aufnahme. Die Banl betrieblige sich im Berichtsjahre an 17 Konfortialgeschäften. Davon entfallen 13 auf Staats- und Bahn-Anleihen, 2 auf Industrie-Anleihen und 2 auf Montan- und Industrie-Aktien. Davon sind 14 mit Kupon abgewickelt und 3 in das neue Jahr übernommen. Die Spar- und Depositen-gelder haben weiter zugenommen.

Die Bilanzen haben normal gearbeitet. Im Berichtsjahre wurde die Kassa der Bank übernommen und wird als Kassenführer durch die Filiale Frankfurt a. M. erweiterte ihren Kassenführer durch Uebernahme der Kundschaft der altangesehene Bankfirma Barnab Bonn in Frankfurt a. M. Der Inhaber dieser Firma, Herr Emil Begler, Mitglied der Frankfurter Handelskammer soll zur

Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden. Der Gesamtumsatz liegt von 8975 auf 9498 Millionen Mark, die Zahl der Angestellten von 446 auf 505. Hierdurch und durch vermehrte Steuern erhöht sich auch die Unkosten. Der Reingewinn beträgt M. 3 031 002,02 gegen M. 3 414 408,03. Das Bankgebäude-Konto erhöhte sich durch einen Neubau in Kafferslautern und die Uebernahme des Hauses der Volksbank Barmersheim.

Was die Entwicklung des neuen Geschäftsjahres anlangt, so bemerkt der Bericht, daß sich diese schwer beurteilen läßt, weil sie mitbestimmt wird durch die Entwicklung der Balkanfrage und durch Erlebung der Finanzreform im Reich und den Bundesstaaten. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die zur Zeit in Bayern geplanten Steuerprojekte namentlich in der vom Steuerausschuß beschlossenen Fassung, den Handel und die Industrie unverhältnismäßig hoch durch Steuern und Umlagen belasten würden und daß es dringend wünschenswert ist, wenn die Steuerfragen gelöst sind, Handel und Industrie auf längere Jahre hinaus durch Steuerprojekte nicht zu beunruhigen.

Der Reingewinn soll folgendermaßen verwendet werden: M. 2 500 000 d. i. 5 pCt. Dividende, M. 100 000 Zurechnung für vorzunehmende Abschreibungen, M. 78 444,87 zu Abschreibungen auf Haus und Mobiliten, M. 56 178,72 zu Zantimen des Aufsichtsrates, M. 75 000 zu Gratifikationen und gemeinnützigen Sweden und M. 226 400,23 zum Vortrag auf neue Rechnung.

Die Netto-Bilanz zeigt folgende Differenz: Aktiva: Kasse, Coupons, Sorten, Giro-Konto Reichsbank, Notenbank etc. M. 6 446 968,05. Wechsel und Dividen M. 24 977 354,95. Guthaben bei Banken und Bankhäusern M. 9 006 322,36. Vorschüsse auf Effekten und Waren M. 41 809 992,90. Debitoren in laufender Rechnung M. 54 115 103,52. Kavaldebitoren M. 7 063 628,52. Konfortialbestand M. 2 347 418,37. Effekten M. 13 214 599,05. Kommanditarische Beteiligungen M. 409 000. Aktiva-Hypotheken und übernommene Restansprüche M. 2 018 547,09. Bankgebäude, Immobilien und Mobiliten M. 7 281 650,25.

Passiva: Aktienkapital M. 50 000 000. Ordentlicher Reservefonds M. 8 649 813,94. Spezialreservefonds M. 200 000. Defektreservefonds 602 590,58. geleihete Kasse M. 7 063 628,52. Zinsen und Akzente M. 44 440 111,00. Depositen- und Spar-Einlagen M. 34 989 629,22. Rezulte in laufender Rechnung und Gutsrechnung M. 46 488 820,28. Uebergangsbilanz der Zentrale und Filialen untereinander M. 4204,08. Passiva-Hypotheken M. 2 018 000. Diebstehlen unterworfen M. 19 029. Beamten-Pensions- und Unterhaltungsfonds M. 1 078 787. Dividenden pro 1908 und Konto anovo M. 2 935 480,51. Vortrag auf neue Rechnung M. 226 400,23.

Die Generalversammlung findet am 7. April statt.

* * * Heinrich Lanz, Mannheim. Die Firma Heinrich Lanz, Mannheim, zeigt an, daß sie als persönlich haftende Teilhaber Herrin Karl Lanz, Frau Kommerzienrat August Röding, Helene geb. Lanz, Frau Rittmeister Max v. Seubert, Valentine geb. Lanz, Kinder des verstorbenen Herrn Geh. Kommerzienrat Heinrich Lanz, des Begründers der Firma, aufgenommen hat. Das Vertretungsrecht der Gesellschaft steht Frau Heinrich Lanz Witwe, Julia geb. Faul und Herrn Karl Lanz als den Geschäftsführenden Teilhabern, jedem für sich allein zu.

Die Stadtverwaltung Reih beantragt beim Gemeinderat die Aufnahme einer Anleihe von M. 11 Millionen. Die Anleihe ist zum Bau eines Kanalkanals, für Befestigung, Kanalisation, Straßenbahn, zum Ausbau der Reichsstadt und zur Erbauung einer weiteren Realschule bestimmt. M. 1 Million dieser Anleihe übernimmt die hiesige Sparkasse zu 3 1/2 Prozent. Ueber die Begebung der übrigen 10 Millionen sind Unterhandlungen mit verschiedenen Konfessionen angeknüpft.

Wasserstands-nachrichten im Monat März.

Table with columns: Stationen vom Rhein, Datum (17, 18, 19, 20, 21, 22), Bemerkungen. Lists water levels for various stations like Bonn, Koblenz, etc.

Witterungsbeobachtung der meteorologischen Station Mannheim.

Table with columns: Datum, Zeit, Barometer, Lufttemperatur, Feuchtigkeit, Windrichtung, Windstärke, Niederschlag, Bemerkungen. Shows weather data for March 21-22.

Höchste Temperatur des 21. März 12,5° Tiefste vom 21./22. März 7,0°

* Unwagliches Wetter am 22. und 23. März. Für Dienstag und Mittwoch ist größtenteils trockenes, heiteres u. wärmeres Wetter zu erwarten.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst und Feuilleton: Georg Christmann; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönfelder; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Rüdiger; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Josa. Druck und Verlag: Dr. S. Haas'sche Buchdruckerei. G. m. b. H.: Direktor: Ernst Müller.

MERAN HABSBURGERHOF. 1. RANG. 2. MINUTEN VOM BAHNHOF. BEVORZUGTE LAGE. MODERNESTER CONFORT. PREISE MASSIG. RESTAURANT. PROSPEKT.

In Springmann's Drogerie u. photogr. Handlung, P 1, 4, Breitesir, kauft man gut und billig ein!

Bettfedern-Reinigungs-Anstalt

F 2, 8 Ludw. Feist Teleph. 4161

Wer seine Stühle nicht ruiniert haben will, ...

In neue Zuschneidekurse für Damenbekleidung ... J. Szudrowicz, N 3, 15

Weisse und farbige Herrenhemden ... Friedrich Bühler, D 2, 10

Moderne Kontor-Möbel eigener Fabrikation ... Glogowski & Co. Mannheim M 3, 5

Plissé-Brennerei P 6, 6 ... Schramminger.

Professor Unverfähr.

Roman von Georg Wadner. (Nachdruck verboten.) ...

Unterricht Berlitz-Schule D 2, 15 ...

Englisch Miss Healy Cleasby ...

Heirat ...

Vermischtes. Friseurmodell ...

Zu verkaufen. Angenehme Existenz ...

Stellen finden ...

Mietgesuche ...

Zu verkaufen. Angenehme Existenz ...

Rassenschrank ...

Dienstmädchen-Kleider ...

Küchen-Einrichtung ...

Stellen finden ...

Zünftiger Bauführer ...

Personal jeder Art ...

Altenverkauf ...

Berufserin ...

Suche noch mehrere ...

Suche noch mehrere ...

Suche noch mehrere ...

Suche noch mehrere ...

Urteil über Dr. H. Vierling's Koryphäen-Seife. ...

Mein Geschäft befindet sich P 5, 2 & 3, 1 Treppe hoch Felix Nagel, Kunst- und Antiquitätenhandlung.

Ankauf. Kaufe getr. Kleider ...

Herrschaften! Obacht ...

Verkauf. ...

das in rebus, lieber Direktor. Vielleicht verlangt sogar jedes ...

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

229. Sitzung, Sonnabend, den 20. März.

Am Tische des Bundesrats: v. Einem, v. Loebow, von Dörner.
Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Der Militärdeputat.
(Hinterer Tag.)

Abg. Gothein (Fr. Bg.):

Die Wünsche am Militärkabinett sind gering im Verhältnis zu der ungeheuren Höhe der Ausgaben. Wohllos wurde nicht geäußert. Wir wissen wohl, daß es im gegenwärtigen Augenblick schwer ist, die militärischen Ausgaben zu verringern. Die Ausgaben sind so hoch, weil alles teurer geworden ist. Schuld daran ist unsere verfehlte Zollpolitik. Der Redner belämpft die jetzige deutsche Wirtschaftspolitik. Schon Oesterreich hat sich durch seine übertriebenen Ausgaben finanziell ruiniert. Wir sollten uns vor einem ähnlichen Schicksal hüten. Die Gefahr, daß wir in einen Krieg verwickelt werden, ist nicht groß. Rußland kann es nicht wagen, uns zu bekriegen. Es ist ein Koloss mit kühnen Füßen. Auch Frankreich ist nicht mehr der gefährliche Gegner von 1870, da seine Bevölkerung stagniert. Ein Zwei-Frontenkrieg ist also durchaus nicht zu befürchten. Eine Vermehrung der Rüstungen führt nicht immer den Frieden. Sie kann im Gegenteil eine böse Verstimmung hervorzurufen. Ich erinnere an die letzten Verhandlungen im englischen Unterhaus. Der Redner belämpft den Drill und den Paradeschritt. Sogar im „Deutschen Offiziersblatt“ und in der „Täglichen Rundschau“ haben höhere Offiziere dagegen Stellung genommen. Wieviel Offiziere und Unteroffiziere können wir sparen, wenn wir auf den Exerziermarsch und das Griffelkloppen verzichten würden. Auf fünf Mannschaften kommt ein Unteroffizier, auf achtzehn ein Offizier. Auf wieviel Volksschüler ein Lehrer? Die Nachteile der geheimen Qualifikationen sind in dem Prozeß gegen den Kapitänleutnant Berger deutlich genug zu Tage getreten. Denken Sie doch an Reuters „U mine Stromid“. Dort schrieb dem unglücklichen Kugel von Rombow sein hochwollender Oberst in die Conditur, daß er ein se—her Offizier sei. Er meinte „fähig“, da er aber mit der Orthographie auf schlechtem Fuße stand, wurde „seig“ daraus. Der große Friedrich ließ den Rombow sofort entlassen, da er keine feinen Offiziere haben wollte, und der Oberst hatte alle Mühe, die Sache wieder einzurichten. Bei einer öffentlichen Qualifikation sind solche Komplikationen unmöglich. Der Vorstoß des Kriegsministers gegen die Sozialdemokraten war unbedeutend. Jedes Volk hat die Sozialdemokratie, die es verdient. Warum berechtigt denn in Hessen eine so angenehme Temperatur zwischen der Regierung und den Sozialdemokraten? In Bayern und Baden liegen die Dinge ähnlich. Der Redner bespricht die Zurücksetzung der Juden im Heere. Die Armee muß wieder ein wirkliches Volkshoer werden.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Fr. Bg.):

Der Kaiserlich-Militär-Deputat Graf Casimir hat mit mangelndem Sachkenntnis vorgeworfen. In der Kunst, den hochanständigen Pferdewitz zu behandeln, bin ich allerdings Laie. Ich habe mich auch nicht über militärisch-technische Fragen an sich, sondern über ihre rechtliche Seite geäußert. Herr Casimir hat hier mit einigen Wortschindeln operiert. Er zeigte dabei eine Art Galgenhumor, denn keine wirkliche Stimmung ist nicht so heiter. Sie sind ergrimmt gegen den Bloß. Das kommt in der ganzen Centrumpresse zum Ausdruck. (Lachen beim Centrum.) Wilhelm Busch, mein Lieblingsdichter (Große Heiterkeit beim Centrum) — Sie mögen Busch nicht, weil er den heiligen Antonius von Padua geschrieben hat (Lachen im Centrum). — Busch sagt dazu: „Wer sich freut, wenn wer betrübt, macht sich meistens unbeliebt!“ (Heiterkeit links.) Herr Casimir sollte mit seinen Mitteln vorsichtiger sein. Sonst geht es ihm noch über so wie gehen mit seinen berühmten Bildner Defensgemälden. (Heiterkeit.) Das Militärkabinett ist ein antikonstitutioneller Freundkörper aus der vormärzlichen Zeit, das den Einfluß des Kriegsministers läßt. Immer droht eine Kollision zwischen den Wünschen des Militärkabinetts und denen des Kriegsministers. Wenn das Militärkabinett seine Ansichten zur Durchführung bringt, ohne sich an den Etat zu halten, so sinkt der Reichstag zur automatischen Geldverwilligungsmaschine herab. Auch der Kriegsminister hat sich gegen die Hof- und Moderegimenter ausgesprochen. Hier hilft kein Mundspülen, hier muß geschrien werden. Fragen Sie doch die Kammerdeure, die sich weigern, bürgerliche Offiziere aufzunehmen, zum Teufel. (Sehr richtig links. Lachen rechts.) Warum werden die Juden im Heere zurückgesetzt? Das Welt jüdischer Wädhgen ist ein außerst beliebtes Hilfsmittel zur Aufpolierung des Wappenschildes vieler Offiziere (Lachen rechts), aber die jüdischen Einjährigern will man nicht abancieren lassen. Der Adel wird in jeder Weise bevorzugt. Ich muß diese Frage noch einmal behandeln, da der Kriegsminister mich in einer recht sonderbaren Weise dazu veranlaßt hat, durch die Art, wie er meine Vorlesungen aufgenommen hat. Im Jahre 1907 waren auf der Kriegsakademie 35 Adelige und 100 Bürgerliche. Verschiedene Abteilungen sind besonders gefüllt, so die Aufwacht, abteilung, die Wundärztliche, die Ausbildungsabteilung, die Armeeinsektion usw. In ihnen sind 63 Adelige und 25 Bürgerliche vertreten. Weniger gefüllt sind die russische Abteilung, die Linienkommandanten usw. Dort sind nur 16 Adelige und 46 Bürgerliche. Es zeigt sich also bei den guten Abteilungen eine geradezu auffällige heringefallene. Die Herren vorzuzugung des adeligen Elements.

Die beste Waffe gegen die Sozialdemokratie ist eine strenge Anwendung der Verfassung. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Wehrstand wieder in engere Fühlung mit dem Bürgerstand kommt. Fürchten Sie sich nicht vor den Verdächten eines bierfestigen Schwundes. Es gibt auch im Offizierskorps derartige Seelen. (Heiterkeit.) Man soll in dieser Beziehung nicht so alljährig sein. Im übrigen ist aber der Kriegsminister mit seiner hageren Seehundgeschichte heringefallen. Die Herren werden ihm die richtige Antwort geben.

Rechtlicher Kriegsminister von Einem:

Auf die Frage der Kommandogewalt und des Militärkabinetts gehe ich nicht ein. Wenn Sie Wünsche in dieser Beziehung haben, so müssen Sie die Verfassung ändern. Nun hat Dr. Müller erzählt, er sei durch die Art, wie ich nach seiner Rede verfahren sei, gezwungen worden, heute zu sprechen. Ich habe mich nach seiner Rede zu Herrn Kopsch begeben und ihm mitgeteilt, daß die Ausführungen des Dr. Müller über die Bevorzugung des Adels durch-

aus unrichtig seien, und daß ich ihn bitten möchte, sie zurückzunehmen. Herr Kopsch sagte das auch zu. Das war doch gewiß eine höfliche Form. Daher brauchte er sich nicht für veranlaßt zu halten, heute wieder darüber zu sprechen. Die Offiziere kommen zur Kriegsakademie lediglich auf Grund eines Examen, das bei den einzelnen Armeekorps gemacht wird. Der Adel hat dabei gar nichts zu tun, nur die Fähigkeiten kommen in Betracht. Auf Grund der Prüfungen wird eine Liste aufgestellt, nach der dann die Einberufungen vorgenommen werden. Von den Lehrern der Akademie sind 10 unadelig und 7 adelig. Ich würde sie beleidigen, wenn ich behaupten würde, daß diese Lehrer, namentlich die unadeligen, das adelige Element vorziehen bei der Beurteilung, ob die Offiziere sich zur Abkommandierung in den Generalstab eignen. Ich halte das für völlig ausgeschlossen. Ich habe noch niemals, weder in meiner Jugend, weder während meiner Generalstabszeit, noch jetzt gehört, daß eine Bevorzugung des Adels stattfinden soll. Im Generalstab sind von den drei Oberquartiermeistern zwei unadelig, und einer ist erst kürzlich geadelt worden. Auch diese Offiziere sind maßgebend für das Eintreten der Offiziere in den Generalstab. Von den Abteilungschefs sind 6 unadelig. Ich habe auch noch niemals etwas von bevorzugten oder nicht bevorzugten Abteilungen gehört. Es ist mir rätselhaft, woher Herr Dr. Müller das hat. Im Generalstab weiß niemand etwas davon. Dr. Müller gibt an, daß die russische Abteilung unbedeutend wäre. Warum? Das kann ich nicht begreifen. Die russische Abteilung kann nur von Herren besetzt werden, die Stussisch in einem gewissen Maße verstehen. Nur solche werden also ausgesucht. Für jemand, der die russische Sprache kennt, kann doch diese Abteilung dann aber nicht besonders schwer sein. Schwierig ist die Eisenbahnabteilung. Auch dort werden nur Offiziere eingestellt, die auf diesem Gebiete unterrichtet sind. Niemals kommt der Adel bei der Befestigung der Stellen in Betracht, sondern allein die Befähigung. Ich muß verlangen, daß das, was ich sage, auch wirklich geglaubt wird. Es ist eine Beleidigung des Weis des Generalstabes, wenn behauptet wird, daß der Adel dort bevorzugt wird. Der Generalstabschef von Kalkreuth ist ein durchaus vorurteilsfreier Mann und steht ganz auf meinem Standpunkt. Ich werde auch heute nicht, daß Herr Dr. Müller nicht einfach sagt: Nachdem ich diese Erklärung gegeben habe, bin ich ganz bereit, anzuerkennen, daß ich mich geirrt habe. (Sehr richtig rechts.) Die Beweiskführung des Herrn Dr. Müller erkenne ich absolut nicht an. Ob er mir das glaubt oder nicht, ist mir jetzt wirklich vollkommen gleichgültig. (Beifall rechts.) Im Generalstab sind 302 Offiziere, von diesen sind 170 unadelig und 132 unadelig. Ich betone nochmals, diese Offiziere sind nicht durch Protektion in den Generalstab gekommen, sondern auf Grund ihrer Fähigkeiten. (Beifall.)

Abg. Dr. Welzer (Zentr.):

bittet, das Hohenzollernsche Kontingent an das 14. badische Armeekorps anzuschließen und wünscht eine Garnison für Fehingen. Von den Abgg. v. Normann (Konf.), Wassermann (Natf.) und v. Biederstein (Birtsch. Bg.) geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein.

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung):

Der Abg. Bebel war durch Krankheit verhindert, die gestrigen Angriffe des Kriegsministers zurückzuweisen. Durch den Schluß der Debatte will man uns die Möglichkeit der Antwort auch heute nehmen. Uns ist es nicht möglich, den Schluß der Debatte zu verhindern, wir werden aber alle Mittel der Geschäftsordnung in Anwendung bringen, um den Verfall zu erschweren. Ich bezweifle daher die Beschlußfähigkeit des Hauses. Zur Feststellung der Beschlußfähigkeit wird der Namensaufruf vollzogen, wobei die Sozialdemokraten fast durchweg den Saal verlassen. Es befinden 177 Abgeordnete ihre Anwesenheit, das Haus ist also beschlußunfähig.

Vizepräsident Dr. Baasche

beraumt die nächste Sitzung eine Viertelstunde später, auf 4 1/2 Uhr an. Ueber den Schlußantrag haben die Sozialdemokraten namentliche Abstimmung beantragt.

Zweite Sitzung.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die neue Sitzung um 4 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Schlußantrag zurückgezogen ist. (Häufiges Gelächter der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Der Kriegsminister den Auffass von Kautsky, aus dem er einen Satz zitiert hat, gelesen oder nicht? (Kriegsminister von Einem: Ja wohl!) Dann hat er sich also für berechtigt gehalten, uns ein gefälschtes Zitat vorzulegen (Lachen). (Der Redner verliest die Stelle.) Kautsky hat das von den Anarchisten gesagt, hat hinzugefügt, daß die anarchosozialistischen französischen Gewerkschaften es übernommen haben, und daß aus diesen Kreisen auch Anhänger in die sozialistischen Reihen gelangt seien. Er sprach von der Dienstverweigerung der Reservisten, wie sie Herr v. präzidiert. (Hört, hört! bei den Soz.) Und das will uns der Kriegsminister bieten als Meinung von Kautsky? Ich nehme an, daß ihm irgend jemand dieses gemein gefälschte Zitat überlassen hat. Große Unruhe rechts, Ruf: Ungehört! — Sowohl, unterteilt, der Öffentlichkeit mit beratenden Räten zu kommen. Weß der Kriegsminister, daß jene Stelle bei Kautsky gar keinen anderen Zweck hat als die Verleumdung des Militärs? (Hört, hört! bei den Soz.) Daß Kautsky ihn eine heroische That genannt hat! (Hört, hört! bei den Soz.) Daß Kautsky gerade im Interesse des Proletariats sich gegen diesen Vorstoß ausgesprochen, so sogar für den Fall, daß beide kriegführenden Mächte sich auf den Militärischen einlassen? Aus Welsch vor der Volksvertretung hätte der Kriegsminister uns derartige nicht bieten dürfen und auch aus Rücksicht vor sich selber. (Beifall der Soz., Lachen rechts; Weiter im Text.) Text und Melodie werden Ihnen wenig gefallen. Der Kriegsminister hat aus dem „Sozialdemokrat“ aus dem Jahre 1887 ein Zitat gebracht, das das ehrenwürdige Alter von 22 Jahren hat.

Ich habe die Nummer nicht beibringen können, weil er sie uns nicht näher bezeichnet hat. Aber nach den Erfahrungen in dem anderen Falle bin ich überzeugt, daß es genau so kritisiert ist. Aber wären damals im „Sozialdemokrat“, der im Ausland unter der Redaktion von Eduard Bernstein erschienen ist, wirklich ein paar Worte gegen die Heiligkeit des Fahnenrechts geschrieben, nun, so war es während des Ausnahmezustandes, in dem der gesetzliche Boden gegenüber der Sozialdemokratie verlassen war, auf den Trumpf ein Gegenwurf. Im Privatleben gilt es nicht als anständig, einem Motive untergeschoben,

zu denen er sich nicht selbst bekennt, auch eine Partei darf man nur nach ihrem Programm und offiziellen Beschlüssen und Äußerungen beurteilen, nicht nach Äußerungen einzelner Leute. Seit die sozialdemokratische Partei existiert, hat sie auf sämtlichen Parteitagungen sich nachdrücklich gegen die Kasernenagitation erklärt; und wenn Sie sich etwa auf Karl Liebknecht berufen, nun, junge Leute geben leicht weiter als die anderen, denken Sie an den Kronprinzen von Serbien. Der Redner zitiert Äußerungen von Bebel aus dem Jahre 1893 und seine Reichstagsrede von 1904, wo er erklärte, die Sozialdemokraten würden kein Bild deutschen Bodens an das Ausland abtreten. Durch diese Papierschneidbeweise des Kriegsministers ist die Sozialdemokratie schwer gekränkt worden. Beweis ist auf dem Parteitag in Viena beschloffen, den jungen Leuten Abscheu vor dem Militarismus beizubringen, nämlich sie vor dem Militärdienst zu befehlen über ihre Schwermereit und den Militarismus als soziale Erscheinung. Wir, die Führer, meinen der Kriegsminister, machen den Unterschied, aber die jungen Leute verstanden darunter Abscheu vor ihrer Dienstpflicht. Dazu sind die jungen Arbeiter viel zu intelligent, und so weit einzelne es nicht begreifen können, sind die erbärmlichen Volksschulen daran schuld. (Gelächter rechts.) Einen ganz starken Trumpf glaubte der Kriegsminister damit ausspielen zu können, daß wir es mit dem Eid nicht ernst nehmen. Daß wir es mit dem privatrechtlichen Eid nicht ernst nehmen, damit mag man uns heute nicht mehr zu kommen. Aber es ist merkwürdig, daß unter cränklichten Leuten noch über die Bedeutung öffentlicher Eide, des Verfassung- und Fahnenreids diskutiert werden muß. Das, was wir über die Bedeutung des Verfassungseides sagen, ist geschichtliche Theorie, zu der die bürgerlichen Parteien und die Regierungen die praktischen Beispiele abgeben. (Beif. Beifall der Soz.) Wie oft ist Friedrich Wilhelm IV. in die Lage gekommen, Verfassungen, oder was er dafür hielt, zu beschwören, und wie oft dann das Gegenteil von dem zu machen, was er beschworen hat! (Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Kaempf: Sie dürfen einem Hohenzollern nicht Meineid vorwerfen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Frank:

Hätte mich der Präsident zu Ende sprechen lassen, dann hätte er gehört, daß ich mich gegen die speicherhafte Auffassung verwehre, derartige geschichtliche Vorgänge als Meineid, Eidbruch zu kennzeichnen. Volksgeschichtliche Prozesse können nicht vor dem Schwurgericht verfolgt werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Soll ich Sie daran erinnern, daß Wilhelm I. den Verfassungseid, den er auf die preussische Verfassung geleistet hat, unter Aufsicht von Bismarck ebenfalls nicht gehalten hat? (Große Unruhe rechts, Ruf: Ungehört!)

Vizepräsident Kaempf ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung.

Abg. Frank:

In der Indemnitätsvorlage hat Bismarck ausdrücklich zugegeben, daß die Verfassung nicht beachtet ist: Wäre Bismarck hier, er würde sich dagegen verwehren, daß nachträglich mit dem Mittel der Geschäftsordnung ihm ein Verfassungsbuch abgenommen werden soll. (Heiterkeit h. d. Soz.) Wie hat denn Bismarck in der Konfliktzeit sein Verhalten beurteilt? Er hat gesagt: Ein Eid auf die Verfassung kann nur bindend sein, wenn man es dem Verleiden möglich macht, mit der Verfassung zu regieren. (Die Soz. rufen: Rufen Sie doch Bismarck zur Ordnung!) Die Folge dieser privatredlichen Pfeifbürgerlichen Auffassung wäre die, daß die einzigen Volkvertreter nach dem Herzen des Kriegsministers die Welfen sind. (Sehr gut! h. d. Soz.) Und wieviel Eide haben die höflichen Beamten im Laufe der Zeiten schwören müssen, und sie haben in ihren Beamtenbergen keinen Schaden erachtet! Der Punkt, um den es sich hier dreht, ist einzig der: Gibt es für die Welfen ein Recht der Selbstbestimmung? Gibt es für die Welfen das Recht, wenn die Umstände danach sind, ohne Rücksicht auf Verfassung und Fahnenreid dem historischen Recht zum Siege zu verweheln? (Hört, hört! rechts.) In England haben auch die Konservativen schließlich anerkannt, daß das Volk, wenn die Regierung es ihm unmöglich macht, mit der Verfassung zu leben, das Recht und die Eide brechen darf. (Lachen rechts; Das entscheiden Sie!) In London steht in der Nähe des Hauses der Gemeinen das Standbild eines Eideschwüres, Oliver Cromwell, der die Verfassung wiederholt gebrochen, der einen König auf das Schafott gebracht hat. Und Koberger und Aquilini, zwei Ministerpräsidenten, haben ihm die Pfeife gesteckt: hier in Berlin verhindert es die Regierung, daß man für die Märzgefallenen auch nur ein ordentliches Friedhofsdenkmal macht! Wir stellen uns in diesen staatsrechtlichen, aber wenn Sie wollen, philosophischen Fragen, vollkommen auf dem Boden, den Bismarck uns gegeben hat. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, so lange die Regierung es uns möglich macht. Wir wünschen, daß wir die Forderungen der Arbeiter auf friedlichem Wege verwirklichen können; machen Sie es uns unmöglich, dann kommt die Verantwortung auf Sie!

Wenn Sie alle Reserveoffiziere, die für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, aus dem Offizierskorps ausschließen wollen, dann werden zum Beispiel in Baden nicht mehr viel übrig bleiben. Früher haben wir dort oft das Vergnügen gehabt, daß die Herren vom Zentrum für uns stimmten, 1905 waren die Nationalliberalen so lebendwürdig. Wenn nun die Liberalen, die Herren vom Zentrum aus dem Kriegerverein ausschließen und die Zentrumsherren die Liberalen, so wird von dem Kriegerverein nicht mehr viel übrig bleiben. Wir wollen die jungen Leute, die zum Militär kommen, dringend davor, ihre sozialdemokratische Meinung zu heiligen. Wir geben uns Mühe, sie schon vorher sozialistisch zu erziehen zu Personlichkeiten. Es ist nicht nur traurig, daß es solche Unteroffiziere gibt, die sich zu Mißhandlungen hinreichend lassen; es ist ebenso traurig, daß es in Deutschland noch Soldaten gibt, die solchen Leuten gegenüber lieber ihre Arbeit aufs Spiel setzen, als ihre Menschenwürde gefährden lassen. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Das Gute und das Rechte, das sind die unsichtbaren Träger jedes Staates, das hat Herr Wassermann gesagt. (Hört! hört!) Nicht unter Wassermann hier (Große Heiterkeit), das war der Wassermann von 1848 in der zweiten badischen Kammer. Der Kriegsminister hat über unsere Prophezeiungen die Nase gerümpft. Aber auch andere Prophezeiungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Es hat jemand gesagt: Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Da ist auch eine Prophezeiung, die nicht in Erfüllung gegangen ist. Da hat jemand prophezeit, daß er großen Ruhm und sein Volk sein Stück Papier scheitern lassen werde, und ein Jahr später hat derselbe Mann vor den schwarz-rot-goldenen Farben seine Verbeugung machen müssen. (Zustimmung der Soz.) Wir werden weiter kämpfen gegen den Militarismus und gegen den Mann, der sich hier zu seinem Sachwalter aufgerufen und dabei

Weidner & Weiss

N 2, 8 Kunststrasse N 2, 8
Leinen-, Wäsche- u. Aussteuer-Geschäft

Uebernahme kompletter Braut- u. Kinder-Ausstattungen

Directoire-Röcke in allen Grössen und Preislagen. 6587
Beste Empfehlungen.

Gr. Hof- u. National-Theater Mannheim.

Montag, den 22. März 1909.
Bei aufgehobenem Abonnement.
(Vorrecht C)

Gastspiel des K. und K. Hofschauspielers
Herrn JOSEF KAINZ
vom Kaiserl. und Königl. Hofburgtheater in Wien.

Die Räuber

von Friedrich Schiller.
Regisseur: Emil Reiter.

Personen:

Maximilian, regierender Graf von Moor.	Hans Godek.
Karl (seine Edl.)	Heinrich Wöh.
Amalia von Edelreich	Mathilde Brandl.
Spiegelberg	Alex. v. Köster.
Schweizer	Carl Schreiner.
Wimm	Oscar Inauenst.
Rasmann	Karl v. Liebenowin.
Schustler	Gustav Kallenberg.
Koller	Gustav Trauttschold.
Rofinsky	Georg Köhler.
Schwarz	Luise Köhler.
Herrmann, Bastard von einem Edelmann	Alfred Müller.
Daniel	Stegmann Kraus.
Bastler Moser	Paul Tisch.
Ein Vater	Emil Tisch.
Ein Diener	Georg Mandau.
Ein alter Räuber	Herrmann Tremblsch.
* Franz Moor	Josef Kainz.

Rechenöffnung 7/7 Uhr. Auf. 7 Uhr. Ende 11 Uhr.

Nach dem 3. Akt findet eine Pause von 20 Minuten, nach den übrigen Akten finden Pausen von 5 u. 10 Min. statt.

Sohle Stelle.

Im Großh. Hoftheater.
Dienstag, den 23. März 1909. Bei aufgehob. Abonn.
(Vorrecht D)

König Richard der Zweite.

König Richard. Anfang 7 Uhr. Josef Kainz.

Dr. med. Borgnis, Frauenarzt

hält seine Sprechstunden jetzt
O 3, 10
(Heckel'sches Haus) ab. 6893

Neues Operetten-Theater MANNHEIM

Montag, den 22. März, abends 8 Uhr:
Die drei Wünsche

Dienstag, den 23. März, abends 8 Uhr:
Die drei Wünsche

Saalbau-Variété.

Nur noch wenige Tage!
Das weltberühmte
„Udel-Quartett“
Nur noch wenige Tage!

Les 3 Rainats

Die tollkühnsten Luftturner der Gegenwart.
Nur noch wenige Tage!
Jean Paul | Marzelli
als Fahrtenführer. Parodist.

Nur noch wenige Tage!
M. & A. W. Asra
Original-Trio-Billardkünstler
und das übrige sensationelle Programm.

Statt Karten.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen
Marianne May
Ludwig Kaufmann
Mannheim 11. März 1909.

Dr. Stutzmann's Drogerie

Heidelbergerstr., O 6, 3.
Alle Artikel zur
Wäsche
Seife, Seifenpulver
Stärke, Waschblau etc.
Boraxseife Pfd. 15 Pfg.
Detailgeschäft nur 06, 3.
3443 Tel. 3778.

Dr. Stutzmann's Drogerie

Heidelbergerstr., O 6, 3.
Bohnermasse nach eigen. Verfahren
Linoleumwachs
Terpentinöl
Fussbodenöl
Stahlspäne
Alle Putzmittelartikel und Utensilien.
Detailgeschäft nur 06, 3.
3443 Tel. 3778.



Schriftliche Arbeiten werden billig, schnell und diskret angefertigt auf der Remington-Schreibmaschine
GLOGOWSKI & Co.
Mannheim, M 3, 5.

Geldverkehr.

100 000 I. Hypothek auf prima Haus per 1. Juli gel. Off. u. 5000 a. d. Exp. d. Bl.
25 000—40 000 2. Hypoth. innerh. 70 Prozent Schätzung, per bald anzunehmen, gesucht. Off. u. 6000 a. d. Exp. d. Bl.

Darlehen

von Selbstgeber auf Wechsel und Schuldschein, sowie Bau- und Hypothekendarlehen bis 5000 und höher
May Brecht, S 3, 6a, 4. Etod.

2 Bauplätze

in guter Lage mit 2. Hypoth. und event. Baugeld sofort abzugeben. Solide Interessent. belieben sich zu wenden an
B. Tannenbaum
Vergenschaftsgenieur.
Tel. 1770. III. P 5, 19.

J. A. Thelen

vom Selbstgeber. Geld befragt schnell u. diskret von 100 an aufwärts gegen Schuldschein oder Wechsel. Kautionsrückzahlung. 6% Zins.
L 12, 10 IV. Etod L 12, 10
Sprechstunden: 6—12 vorm. u. 3—5 nachmittags. 46800

Mk. 12 000

per 1. April auf 2. Hypothek auszuliefern. Offerten unter No 3830 an die Exp. d. Bl.

Hypothekbank

gibt an 1. Stelle Darlehen auf gute Objekte zu 4 1/2—4 1/4 % je nach Lage. Günstige Bedingungen. Off. unt. Nr. 3837 an die Exp. d. Bl.

Ankauf.

Moderne, geb. Salongarnituren zu kaufen gel. Off. u. Nr. 3751 an die Exp. d. Bl. Gesucht ein gut erhaltener Antikschrank. Off. unt. Nr. 3756 an die Exp. d. Bl.

Silber u. Gebisse

kauf 1. höchst. Preisen
H. Solds
Goldschmied, R 3, 5
Tel. 4009. 5149

Kaufe gebr. Möbel

Betten wie auch ganze Einrichtungen z. d. höchst. Preis Postkarte genügt. 60420
Sandbraud, S 3, 11.

Verkauf

In einem grossen Fabrikort ist eine an der Bahn gelegene Kohlen- u. Spezereihandlung mit schöner Kundschaft u. gross. Umsatz, Komplexion, Gebäude fast neu, krankheitshalber sofort bei 10 000 Mk. Anzahl. zu verkaufen od. auch für 1000 Mk. zu verm. Gel. Off. an A. Z. 94
Bahnhofstrasse Baden-Baden

Kolonialwaren-Geschäft

mit Glasflaschen u. Weinverkauf im Stadtteil Zinnenhof, anderweitige Unternehmen halber, per 1. April od. später abzugeben.
Für Uebernahme vorüberlich circa 300 000.—. Offert. unt. Nr. 3738 an die Exp. d. Bl.

Wohn- u. Geschäftshaus

in Weinheim ist billig f. Mk. 36.500 b. entp. Anz. z. v. Off. u. 1083 a. Zentr. Berl.-Börse, Frankfurt a. M., Langweg 23. 6898

Wohnhaus

Mannheim, günstig für Spekulation, zu verkaufen. Off. unt. 5991 an die Exp. d. Bl.
Petrolkronleuchter (Klam.) zu verkaufen, S 6, 25 3. Et. 5083

Wohnhaus

Wohnhaus, gebrühtes Schlafzimmer, ist neu, Kachelheizung, preisw. zu verkaufen. Abh. in der Exped. 5092
Weg. Wegung verich. gebr. Möbel, lad. vord. Bett, lad. Waschtom., Tisch, Wäschek., Spiegel, Stuhl, Lampe, Kessel, u. verich. bis 80. März. Bild. s. verl. K 2, 15, 2 Tr. r. 5485

Stellen finden

Wer Stellung sucht verlange die Allgemeine Vakanzon-Post, Köln a. Rh. 15. 5909
20 Mk. tägl. Verdienst für Damen und Herren durch häusl. Tätigkeit, Schreibarbeit, Vertretungen u. Näh. Int. Gewerbs-Anzeiger, Strassburg i. E. 5271

Tätiger, energischer Bauführer

gesucht auf Anfang April. Off. unter Nr. 3558 an die Exp. d. Bl.
Peter Debus, Wirt auf der Rheininsel sucht einen vertrauensvollen, tüchtigen Mann zum Befahren eines Benzinsbootes. 6031

Eine bedeutende Fabrik sucht eine gewandte Stenotypistin

zum Eintritt per 1. Mai d. J. Offerten sub 3772 an die Expedition d. Bl.
Tätige Kassiererinnen mit der National-Kasse vertraut, welche schon im lebhaften Geschäft tätig war und Is. Zeugnisse besitzt, per 1. April od. später gesucht. 3822
Ansführt. Offerten über Angaben der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche an **H. Beer, S 1, 8.**

Tätige Tailleurarbeiten

gesucht. O 7, 15 part. 5426
Tätige Arbeiterinnen sofort gesucht. E 3, 2, Robes, 1. Etod.
Vormittags aus anständiger Familie gesucht. 6006
Girsch, Ledebert, D 4, 6.

Fräulein

mit guter Schulbildung und flotter Hand für sofort in die Küche zu beschäftigen. Offert. unter Nr. 6074 an die Exp. d. Bl.
Volmud. Nebenberuflich. Geschäftstücht. Zimmer- und Dienstmädchen, suchen und finden gute Stelle bei **Fr. Hartmann, S 6, 2, 6**

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht. L 13, 5 part. 3677
Gesucht zu zwei Kindern ein besseres
Mädchen oder einmädchen Fräulein, das nähen und bügeln kann und auch etwas Hausarbeit übernimmt. Gute Referenzen erforderlich. P 2, 1, 5 Tr.

Ein braves Mädchen

tüchtig in Zimmer- und Hausarbeit wird sofort oder 1. April gesucht. Vorstellen von 2—3 Uhr L 11, 22. 3707
Säng. Mädchen für Hausarbeit gesucht am 1. April genant. Nr. 6, 17, 2. Et. rechts.

Auf 1. April

Mädchen zum Kochen und Hausarbeit mit gut. Zeugnissen gesucht. [3780] L 13, 5 p.
Braves fleissiges Mädchen am 1. April genant. 3779
U 6, 8, 1. Etode rechts.

Ehrliche, saubere Frau

für jeden Anzich genant. 6119
Parfring 35, 2 Tr.
Monatsfrau gesucht bei Frau Gollie Pfannkuch, B 5, 15 part. 5485

Kolosseum-Theater Mannheim.

Montag, den 22. März:
Benefice für Jacob Hügler. 6594
Das Buschlied od. Die Müllerin u. ihr Kind.
Oberbayerisches Volkslied mit Gesang in 6 Akten u. 11 Bildern.

Wilder Mann, N 2.

Täglich
Grosses Konzert
der Zigeunerkapelle Balkan. 6782

Verein für National-Stenographie Mannheim.

Ein Anfänger-Kursus für Herren und Damen beginnt am 27.99
Dienstag, 23. März 1909, abends 9 Uhr, im Vereinslokal „Hotel Zähringer Löwe“ Bahnhofpl. 11.
Honorar inkl. Lehrmittel N. 3. Anmelde. beim Beginn des Unterrichts sowie bei Herrn Robert Meyer, L 14, 3, III, erbeten.

Erstklassige Bezugsquelle für **Clichés** in allen Reproduktionsarten für die gesamte Industrie.
Ribert Wolf
Graph. Kunstanstalt
Mannheim Talersstr. 31.
TELEF. 3083.
5926

Geschäfts-Empfehlung.

Einem werten Publikum, Freunden und Gönnern die Mitteilung, dass ich das von Herrn Joh. Carl Scheid geführte **Weinrestaurant „Zur lustigen Witwe“, J 7, 21** übernommen habe. 6071
Um geneigt. Wohlwollen bitte Hochachtungsvoll **R. Wiedemann.**

Wichtig für Haus- und Gartenbesitzer Manheim und Umgegend.
Das Anlegen von Haus- und Gartenteilen, beschneiden der Bäume und Sträucher, anpflanzen von Ballonen, zwischen von Röhren und Zimmerpflanzen, was billig und gewissenhaft ausgeführt durch die Gärtnerei
„Jägerlust“, Ludwigshafen-Mundenheim.
Inhaber **Georg Oertl, Rehrstraße 4.**
NB. Bestellung durch Postkarte genügt. 6122

Klavier-Unterricht

richtet 6107
Heinrich Steinbeck, N 4, 6, III. Stock.

D 1, 13 Georg Eichentler D 1, 13

Tel. 2184. — Mitgl. des Allg. Rabatt-Sparvereins. — Begr. 1869.
Wäsche- u. Aussteuer-Geschäft
Spezialität: Herrenhemden nach Mass, sowie auch in jeder Weise stets am Lager. 6126
Reparaturen werden bestens ausgeführt.

Haushaltungs-Wäsche gewaschen in der **Dampfwascherei „Lindenhof“**
Inhaber: **Wilhelm Wörner**
erfreut jede Hausfrau. 6478
Spezialität: Herrenstärkewäsche
Man verlange Preisliste. Telephon 2328.

Neu! Stahl-Bratgeschirr

Bräter mit Deckel und Nickelgriff 4²⁵ Mk. 3⁸⁵ Mk. 3⁵⁰ Mk.
 Bräter mit Deckel und Nickelgriff 4⁹⁵ Mk. 4⁶⁵ Mk. 3⁹⁵ Mk.

Dieses Angebot

wird überraschen

durch

Billige Preise

und

gute Qualität!

Ausser den angeführten Artikeln sind grosse Massen anderer **Haushalt-Gegenstände** ausgelegt.

Neu! aufgenommen:

Venus-Pressglas

neuester Schliff ohne jede Pressnaht
 Kompotteller, Zuckerdosen, Schalen etc.

Haushalt-Spezial-Verkauf!

Wichtig für Hausfrauen und Wirte

Kohleneisen

„Helvetia“
 Ersatz für „Dall“
2⁷⁵ Mk.

Grosse Auswahl!
 Billige Preise!

Warenhaus KANDER

Verkaufshäuser: **T 1, 1**
 Neckarvorstadt, Marktpl.

Wirtschafts-Artikel

- Waschbürsten 25, 17 Pfg.
- Lamperiebürsten 32, 28, 22 Pfg.
- Staubbesen, reine Borsten 1.05, 75, 58 Pfg.
- Handbesen, reine Borsten 58, 45, 28 Pfg.
- Teppichbürsten, mit Wurzel 75, 55 Pfg.
- Strohbesen mit Wurzel 75, 62, 42 Pfg.
- Kellerbesen 20 Pfg.
- Cocoabesen 65, 45 Pfg.
- Kleiderbürsten 48, 35, 22 Pfg.
- Wichsbürsten 45, 35, 22 Pfg.
- Schrubber 38, 28, 12 Pfg.
- Garderobehalter, braun 35 Pfg.
- Ueberhandtuchhalter, braun 58, 34 Pfg.
- Wachtuchtaschen 65, 48, 33 Pfg.
- Offene Marktkörbe z. aussuchen 1.10 Mk.
- Waschkörbe 1.35, 98 Pfg.
- Teppichklopper 35, 28, 18 Pfg.
- Leitern pro Stufe 58 Pfg.

Rein Aluminium

- prima Qualität
- Kochtöpfe mit Deckel 4.75, 3.95, 3.45, 2.75 Mk.
 - Nudelpfannen 2.95, 2.45, 1.95, 1.65 Mk.
 - Pfannen mit Stiel 3.45, 2.95, 1.95 Mk.
 - Milchtöpfe 2.95, 2.10, 1.75, 1.25 Mk.

Ein Waggon

Steingut

- Fassen weiss Stück 6 Pfg.
- Teller flach Stück 6 Pfg.
- Teller tief Stück 7 Pfg.
- Dessertteller weiss u. bunt Stück 7 Pfg.
- Grosse Suppenterrinen dekoriert Stück 98 Pfg.
- Essnapfe m. Deckel, weiss u. bunt St. 48 Pfg.
- Kasernenschüsseln gross Stck 38, 34 Pfg.
- Nachtgeschirre Stück 48, 38, 32 Pfg.
- Salz- u. Mehlmetzen weiss Stück 35 Pfg.
- Salz- u. Mehlmetzen bunt Stück 38 Pfg.
- Essig- und Oelkrüge Stück 28 Pfg.

1 Etagere mit 6 Gewürztonnen **98 Pfg.**

- 1 Salatschüssel weiss St. 52, 38, 25 Pfg.
- 1 Satz Salatier 6 Stück, weiss 98, 75 Pfg.
- 1 Satz Salatier 6 Stück, bunt 110, 98 Pfg.
- Gemüsetonnen Stück 32 Pfg.
- Spucknapfe mit Einlage Stück 45 Pfg.

Ein Posten **Blumenkübel 50 Pfg.**
 schöne Dessins, versch. Gröss.
 Stück 120, 110.

Wirtschafts-Artikel

- Bolzeneisen Stück 2.10, 1.85, 1.68 Mk.
- Bügelkohlen Karton 28 Pf.
- Reibmaschinen Stück 1.45 Mk.
- Fleischmaschinen verzinkt Stück 2.45 Mk.
- Fleischmaschinen emailliert Stck. 2.65 Mk.
- Fleischmaschinen mit 4 Messer St. 3.65 Mk.
- Bestecke echt Sollinger Fabrikat 58, 48, 38, 26 Pf.
- Kaffeemöhlen Stück 1.25, 98, 82 Pf.
- Kaffee u. Zuckerdose St. 58, 38, 28 Pf.
- Brotkasten 2 Klg. Stück 1.25 Mk.
- Briefkasten Stück 68, 45 Pf.

Glaswaren

- Ecken 0,4 gealcht Stück 17 Pf.
- Henkeltöpfe 0,3 gealcht Stück 22 Pf.
- Kaiserbecher gealcht 1/4 Stück 15 Pf.
- Kaiserbecher gealcht 0,3 Stück 17 Pf.
- Römer gealcht 1/2 Stück 28 Pf.
- Römer gealcht 1/4 Stück 39 Pf.
- Gustav-Becher 1/4 Ltr. gealcht Stück 9 Pf.

Hervorragend billig!

Küchengeräthe 7⁹⁵
 16teilig, neueste Dekors Mk.



„Eier“ zum „Rohessen“ Trink-Siede-Koch-Back-Eier u. Butter „Eier“
 zu billigsten Tagespreisen. — Spezialität: „Steirische Eier“
 so gut wie Italiener aber viel billiger
 Exportgesellschaft Matheis, Suppanz, Koritschan & Cie., Graz Filiale Mannheim
 Nur G 2, 9
 Tägliches Eintreffen frischer Ware,
 Nur G 2, 9.

Mannheim
 Rudolf Mosse
 Lebensversicherung
 8241
 für mehrere Abende in der Woche
 zu vergl. Sprechst. N 3, 5
 5663

Liberaler Arbeiterverein Mannheim

Am Samstag, den 27. cr., findet im Nebenzimmer des Restaurants zum „Wittlarmanntel“, T 5, 15, unsere diesjährige **General-Versammlung** statt.

Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Vorstandsbericht.
 3. Kassibericht. 4. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit der Sache halber, werden die Mitglieder dringend gebeten, sich recht zahlreich einzufinden zu wollen.

Todes-Anzeige.
 Gestern Mittag verschied nach langem Leiden unsere liebe Tante und Grossmutter, Fräulein
Josephine Hoppé
 im Alter von 70 Jahren.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. März nachmittags 1/2 5 Uhr statt. 6904

Todes-Anzeige.
 Am Samstag verschied nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe gute Mutter, Schwester, Tante u. Schwägerin
Frau Babette Ayrer
 geb. Sponagel
 im Alter von 39 Jahren 1 Monat.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Jacob Ayrer.
 MANNHEIM (E 7, 9—10), den 20. März 1909.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt. 6900

Verein für Ferienkolonien.
 Die auf Dienstag, 23. März, anderwarte
Generalversammlung
 findet nicht an diesem Tage, sondern erst
 Dienstag, 30. März t. J., nachmittags 6 Uhr im Industriefeital I des Reichshauses statt.
 Der Vorstand:
 G. Wagnau,
 H. Schmitt.
 Statt besonderer Anzeige.
 Die glückliche Geburt eines **kräftigen Jungen** zeigen hoch erfreut an.
 Emil Anna-Frau geb. Suedy
 Felix-Hotel, 6126
 Felixstowe (England)
 20. März 1909

Gefunden
 Zur Postzeit ein kleiner **Geldtäschchen**, 6 Mk. Inhalt. Näheres N 2, 14, 15, 16.
Entlaufen
 ein junger rauhaar. Hatten- lünger, Rude, Pfeffer und Salzfarbe mit einem gelben Halsband. Abzugeben gegen Belohnung bei
 Frau u. Goldmann,
 Verbindungsstrasse.

Heute Nachmittag 3 Uhr

Beginn der grossen Gelegenheitskäufe in

Damen- und Kinder-Schürzen

Solange Vorrat!

Solange Vorrat!

Wir bringen mit diesem Angebot enorme Posten Damen- und Kinderschürzen, welche aus vorzüglichen waschachten Stoffen in den neuesten Formen verarbeitet sind, zu aussergewöhnlich billigen Preisen in den Verkauf und bieten dadurch eine selten wiederkehrende Gelegenheit zur Anschaffung von Damen- und Kinderschürzen für den Frühjahrs- und Sommer-Bedarf.

Einige Beispiele:

Für Damen:

- Mieder-Schürzen mit Träger und Borden garniert Stück **95 Pfg.**
- Phantasie-Schürzen türkische Muster Stück **95 Pfg.**
- Trägerschürzen richtig weit mit Volant Stück **110 Mk.**
- Miederschürzen mit Träger und Tasche, reizende Muster Stück **135 Mk.**

- Phantasie-Schürzen mit Empire-Schleife in türkischen Mustern Stück **135 Mk.**
- Kleider-Schürzen mit Volant, aus guten waschachten Stoffen Stück **155 Mk.**
- Kleider-Schürzen mit Kimono-Aermeln, aparte Form Stück **210 Mk.**

Ein Posten **Unterröcke** **275** Mk.
aus aparten gestreiften Stoffen mit hohem plissiertem Volant Stück

Für Kinder:

- Kinder-Schürzen waschachte Stoffe, in hell und dunkel, mit Volant, reich besetzt
- für das Alter bis zu 6 Jahren Stück **95 Pfg.**
 - für das Alter von 7 bis 9 Jahren Stück **125 Mk.**
 - für das Alter von 9 bis 14 Jahren Stück **155 Mk.**
- Kimono-Schürzen in aparten Streifen, für das Alter bis 6 Jahren Stück **120 Mk.**
- do. bis für das Alter von 7 bis 12 Jahren Stück **165 Mk.**
- Russenkittel mit gewebten Borden reich garniert Stück **125 Mk.**
- Russenkittel bis für das Alter von 4 Jahren Stück **110 Mk.**
- Russenkittel mit Gürtel reich garniert, bis für das Alter von 6 Jahren Stück **145 Mk.**

Herm. Schmoller & Co.

Verkauf

Für Brautleute!

Nur kurze Zeit
0 7, 24 0 7, 24

Einem billig verkauften im Auftrag eine große Partie gediegener Möbel und zwar: circa 15 Tafeldivane, mehrere schwere Salonarmaturen, Trumeaux, Buffonier, Spiegel, eichene Polsterstühle, verschiedene Tisch, Lehn- und Rohrstühle, versch. einzelne sowie viele Betten; ferner komplette eichene Speisezimmer-Einrichtungen, Küchen- u. Schlafzimmereinrichtungen mit großen Spiegel-Schränken in allen Holzarten.

Verkauf von 9-12 u. 2-6 Uhr in 3843

0 7, 24, part. vis-à-vis dem Saalbau.

Silb.

Wohnungshalber sind zu verkaufen: 2 große Schränke, 1 Badeinrichtg., 1 Kinderwagen, 2 Kühre. 6132 Lortzingstr. 16 II.

Fremden-Zimmer

in verschiedenen Holzarten, zurückgesetzt, äusserst billig. 2634

Q 5, 4, Landes.

Konfirmations-Anzug

billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl. 3659

Kassenschänke

neu und gebraucht beim am Lager. Reparaturen und Transporte schnell und billig. S. Schiller, Alsbornstr. 18, Postkass. der Strassb. Tel. 4238, 2110

Geschäfts-Verlegung.

Ich zeige hierdurch ergebenst an, dass ich mein

Küchen-Magazin

von 0 2, 2 nach meinen neuen grossen geräumigen Lokalitäten

Paradeplatz **0 2, 1 Ecke** Paradeplatz
Kunststrasse Kunststrasse

verlegt habe.

Ich bitte, das mir bisher in so reichem Masse entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen und sichere ich stets beste Bedienung zu.

Hermann Bazlen

Spezialhaus für gediegene Küchen-Einrichtungen.

Besichtigung des erweiterten Küchenmagazines ohne Kaufzwang gestattet. 6000

Stellen finden

Expeditions-Beamter gesucht.

Hiesige große Maschinenfabrik sucht zum möglichst baldigen Eintritt für ihre Expeditions-Abteilung einen jung. Expeditions-Beamten, der eine längere Praxis in der Expeditionsbranche hinter sich hat und die hiesigen Verhältnisse kennt. Bewerber mit guter Schulbildung und schöner Handschrift belieben ausführliche Offerte mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche an bes. freies Eintritte unter Nr. 3852 an den Verlag der Zeitung einzureichen.

Modes.

Tätige Garniererin und Dekorateurin wird sofort gesucht. 3651

Sabette Maier, F 6, 8.

Soerl. jung. Mädchen für kleinen Haushalt auf 1. April gesucht. 5873

Ein braves Mädchen gesucht. 5873

Beethovenstr. 10, st. r. für häusliche Arbeit und zu Kinder per 1. April gesucht. 5864

G. S. I. Baden.

Laufmädchen

sofort gesucht. Näh. 6130

D 1, 1, Bäckergelicht.

Mietgesuche.

Fräulein aus besserer Familie sucht per bald in der Nähe von Mannheim oder Heidelberg in ruhiger Lage bei alleinlebender Eltern, älterem Fräulein, oder kleiner Familie mit 6 Wochen Pension mit Zimmer behalt. Wohnung mögl. liebhaber. Offert. u. Nr. 6129 an die Exp. d. Bl.

Gebildete Dame

beruflich tätig, sucht sich mögl. Zimmer im Zentrum möglichst mit voller nur guter Pension. Offert. u. Nr. 3862 a. b. Exped.

Planos-Ausverkauf!!

Demmer, Ludwigshafen Lisenstrasse 6. 4998

Schöne Sig. versch. abgeben. C. B. 7. 6094

Elegant. lat. muss Kinderstühlen billig abgeben. 6105

Reifenstrick

feuer- und diebstahlverbräuchl. noch sehr gut erhalten. zum billigen Preise von 85 Mk. zu verkaufen. Off. u. Nr. 2990 an die Exp. d. Bl. 5927

Wohlere alle Kupferkiste an verkaufen. Näh. Gefenheimerstr. 34 parterre.

Gute Pfaff-Nähmaschine

45 an verl. M 2, 10, 4. St. 5929

Fahrräder

werden vernickt u. emailliert von 20 an. 3404

Ein Damen-Kab

schlammend, im tadellosten Zustand, bill. zu verkaufen. 5765

Ad. Heras, Q 2, 19/20.

Reinste Tafelmesser

empfehl. 4044

Erste deutsche Geflügelzucht und Wasserkocher, Rosenhof Gebeln a. d. Bergstr.

Läden.

G 3, 8 kl. Laden
mit Sub. zu verm. Näheres
Häheres, Friedrichspt. 19.

N 4, 21, part.

großer geräumiger Laden m.
Rebenraum und separatem
Gel., auch als Bureau geeig-
net sofort preiswert zu ver-
mieten. Näheres & Stod.
2482

Elisabethstraße 7.

Schöner Laden, in dem seit
Jahren gutgehend. Wäheres
Häheres betrieben wurde, zu
vermieten. Näheres Repler-
straße 16a, partier. 1243

Laden, Langstr. 5
mit 3 Zimmer, Küche, 2 Keller
nebst Zubehör sofort zu verm.
Näh. Langstr. 1, 2. St. vorn.

Nähe des Lattenfalls

Schwingerstraße
Schöner, moderner Laden,
besonders für Sportartikel
geeignet, mit 1 oder 3 Zimmer
und Küche zum 1. April zu verm.
Näheres durch Immobilien-
bureau Max Schuster, Heinrich
Luisstr. 15 Tel. 1215 2811

Im Zenit d. Stadt, beste
Lage, Ecke gg. Planken, sind
2 schöne Läden
mit 6 grossen Schaufenstern
mit Bureau, Magazin und
Keller, ganz oder geteilt, zu
vermieten. 61297
Näh. bei Kuba, F 8, 2, II.

Laden.

Ein neuer schöner Laden ohne
Bewegung in best. Lage auf der
Planken
ist sofort oder später zu ver-
mieten. Offerten unter 3817
an die Expedition d. Bl.

Extra vorteilhaftes Angebot

Auf riesige Posten
hocheleganter
Herren-
Stiefel



Damen-
Stiefel

Kinder-Stiefel

von heute ab
bis Ostern

20%
Extra-Rabatt.

erstklassiger

Schuhwaren.

Hirsch

Schuh-Haus
Mannheim

D 2, 9 Ecke Planken
Telephon 6442.

Beachten Sie
unsere neue
Schaufenster-Ausstellungen

Auf sämtliche
Frühjahrs-
Neuheiten

sowie soeben
mit Dampf
'Scharnhorst'
neu eingefundene

Original americ.
Schuhe und
Stiefel

von heute ab
bis Ostern

10%
Extra-Rabatt.



Zu vermieten.

B 6, 22
nähe dem Park 5 St., Bad
Küche, Kamin etc. auf 1.
April zu verm. 1300
Näh. Hofsstr. 2 Treppen.

G 3, 9 4 Treppen 2 Zimmer
und Küche zu ver-
mieten. Näheres
Häheres, C 3, 12.

K 1, 12
4. Stod, schöne Wohng., 4 Zim-
mer und Zubehör (verriegelungshalber),
sofort oder 1. Juli zu verm.
Näheres Gc. Wäheres, 11, pt.

L 12, 12 2. Stod, hübsche
2 Zimmerwohnung
auf 1. Juli zu vermieten. 3675
Näh. Hofsstr. bei Winter

Gollinstrasse 10
schöne 4 Zimmerwohnung, mit
Zubehör per 1. April zu ver-
mieten. Näheres 2. Stod.
bei Wäheres. 5042

Friedrichsring 2a
ist per 1. April die Parterre-
wohnung, 7 Zimmer zu verm.
Heinrich Hartmann Wm.
Tel. 1610. 5645

Friedrichsplatz 9.
11 Zimmerwohnung per 1.
April zu verm. Heier, Ger-
mann Wm. Tel. 1610. 5642

Emil Gedelstr. Nr. 4 u. 4a.
bessere 4 u. 5. Zimmerwoh-
nungen mit Bad und reich-
lichem Zubehör sofort

Holzhauserstr. Nr. 3.
schöne 3 u. 4 Zimmerwoh-
nungen mit Bad etc. per
1. Juni zu vermieten. 3441
Näh. bei Krs. W. Heier,
A 2, 5, Telephon Nr. 849 od.
Emil Gedelstr. 4, 2. Stod,
Telephon Nr. 3270.

Jungbuschstr. 24
2. Stod, 5 Zimmer, Bade-
zimmer samt Zubehör sofort
oder später zu vermieten.
Näheres partier. 5448

Chladt, Reckstr. 26.
Elegante neue 4 Zimmer-
wohnung mit reichl. Zubehör
zu verm. Näh. Reckstr.
26, part. rechts. 5648

Buntes Feuilleton.

— Die fliegende Armee. Mit einem merkwürdigen Flug-
projekte, das zur Zeit des französischen Konsulats die Gemüter
lebhast erregte, beschäftigt sich ein interessanter Artikel der
Franz. Automobile et Trienne. Es war der französische General
Reinier, der den phantastischen Plan fasste, eine ganze Armee mit
Flügeln auszurüsten. An den Schultern der Soldaten Bonapartes
sollten diese primitiven Flugwerkzeuge befestigt werden, mit
deren Hilfe die Armee den Kanal überfliegen und mit Waffen
und Ausrüstungen auf englischem Boden landen sollten. Der
General hatte zwei Flügel aus Eisenblech konstruiert, die nach
dem Vorbild der Vögel mit Federn versehen waren. Nach der
Idee des Erfinders sollten die fliegenden Soldaten diese weiten
großen Flügel vorgelegt bewegen und dadurch die Fähigkeit er-
halten, in den höchsten Höhen dahinzuschweben. Die Bewegung
der Flügel wurde durch Arme und Beine beherrscht. General
Reinier unternahm selbst den ersten Versuch mit seinem Apparat.
Die Flügel wurden ihm an die Schultern geschnallt und von dem
Tode eines Hauses, das unmittelbar an den Ufern der Charante
lag, sprang der wagemutige General in die freie Luft. Es ge-
lang ihm in der Tat, sich einige kurze Sekunden mit grösster
Anstrengung in der Luft zu halten, aber wie eisernoll er auch
mit seinen Flügeln zappte und schlug, die menschlichen Glieder
zeigten sich der Aufgabe nicht gewachsen, die Kraft verlagte und
mislang seinem Flugapparat fiel General Reinier plätschernd in
die tiefen Fluten der Charante. Er war so klug gewesen, vor-
her ein Boot mit Rettungsmannschaften im Flusse zu stationieren;
der hübsche Flieger wurde pfeilschnel aus den Wellen geborgen und
so ein Unglück vermieden. Aber General Reinier gab nicht nach;
wenige Wochen später wiederholte er mit einem verbesserten
Apparat aus festem Lande seinen Versuch. Wieder hielt er sich
einige Sekunden in der Luft, dann aber stürzte er zur Erde,
verschmettert sich ein Bein und gab nun seinen abenteuerlichen
Plan mit bitteren Gefühlen auf.

— Der Befehl, auf Napoleon zu schießen. Eine interessante
geschichtliche Anekdote, die recht deutlich den Umschwung in der
Stellung Napoleons I. nach der Schlacht bei Waterloo zeigt, wird
in der neuen nur erscheinenden Pariser Zeitschrift „Revue
d'histoire“ mitgeteilt. Geschlagen und von der Kammer seiner
Stellung verlustig erklärt, war Napoleon am 28. Juni 1815 nach
Walmaton gekommen. In Paris glaubte man natürlich, er habe
die Absicht, die französischen Truppen noch einmal zu sammeln
und in den aussichtslosen Kampf gegen die Verbündeten zu führen,
weilhalb der Kriegsminister Davous dem Befehlshaber der Schan-
ze von Montmartre, General Desjournes, den Befehl erteilte,
er solle geeignete Massregeln ergreifen, um Napoleon in diesem
Übrigen wenig wahrcheinliche Falle zu verhaften. Entschlossen,
diesen Befehl mit aller Strenge auszuführen und „jede Art beson-
derer Rücksicht in seinem Herzen zum Schweigen zu bringen“,
schickte Desjournes am 29. Juni, 4 Uhr morgens, seinem Stabs-
chef folgenden Brief: „An den Herrn Stabschef. Aus einer mir
angelommenen Nachricht geht hervor, daß Napoleon Bonaparte sich
mit einigen Bataillonen in die große Verschanzung von Mont-
martre begeben soll. Wollen Sie ihm daher streng verwehren,
irgendwelche Truppen nach dem Plage zu führen, die seine direkten
Befehle von mir haben. Sie werden allen Kosten
meinen Befehl ausführen lassen, auf Napoleon Bon-
aparte zu feuern, wenn er erscheinen sollte, um in den
Platz einzudringen. Seine Abwanderung macht für Frankreich voll-
kommen fremd und seine Anwesenheit unter uns würde nur dazu
dienen, die Feinde zu verlängern, die das Vaterland bedrücken
und von denen er persönlich die Ursache ist. Sie bürgen mir für
die Ausführung dieses Befehles, von dem ich bereits dem Feld-
marschall von Saint-Voi Mitteilung gemacht habe.“ In der Tat
lachte dieser von dem Befehl Kenntnis erhaltend, war aber davon
so bestürzt, daß er sich unter dem Vorwand, er vermöge die Inter-
aktion nicht mit Bestimmtheit zu entziffern, von Davous die Be-
stätigung desselben geben ließ. Indessen kam es nicht zu seiner

Ausführung. Napoleon erbat zwar am gleichen Tag von der Regie-
rung den Oberbefehl über die Armee, nicht als Kaiser, sondern
als ein General, dessen Name und Ansehen noch einen großen Ein-
fluß auf das Schicksal der Nation haben könnten, und gab sein
Wort als Soldat, Bürger und Franzose, daß er nach der Zurück-
werfung des Feindes nach Amerika auszuwandern werde. Diese
Wortschaff, die der General vorher überdachte, hatte indessen nur
eine Antwort Fouques an Napoleons Vertonten Manet des In-
teresse zur Folge, daß die vorläufige Regierung die Vorschläge des
Kaisers nicht annehme, und daß er seinen Einfluß bei Napoleon
dahin geltend machen möge, daß jener sobald als möglich Frankreich
verlasse. Napoleon versetzte auch in der Tat auf seine Absicht
und begab sich zur See, wo er beharrlich von dem englischen Schiff
„Pelliphon“ gefangen genommen und zwar nicht nach Amerika,
sondern zu lebenslänglicher Verbannung nach St. Helena geschickt
wurde.

— Wertwürdige englische Steuern. Die Politiker, die jetzt
bei uns so eifrig am Werke sind, neue Steuern zu erfinden,
würden vielleicht mancherlei Anregungen schöpfen können aus
den eigenartigen Steuern, mit deren Hilfe der große William
Pitt sein Vaterland aus der Finanznot rettete, in die es die
amerikanischen Kriege, die Aufstände in Irland und die
Kämpfe mit Frankreich gestürzt hatten. Gleich manchen mo-
dernen Steuererfindern mußte auch Pitt freilich zuweilen
die Enttäuschung erleben, die eben der jenen schönen Steuer-
plan bereitet zu sehen. So erging es ihm, wie eine eng-
lische Zeitschrift erzählt, mit der Pudersteuer, die er in
früherer Stunde erlassen hatte und die dazu dienen sollte, aus
dem weissen Puder der menschlichen Eitelkeit schwarzes Pulver
für britische Kanonen zu schaffen. Jene gute alte Zeit hatte
die Verluste bereits glücklich überwunden, aber die Erinnerung
an die vergangene Herrlichkeit spukte in der Mode fort, und
die Pandys schürzten ihr Haar hoch empor, puderten es sorg-
sam in liches Weis und trugen so „echte“ Perücken. Pitt
schlug vor, diese männliche Eitelkeit zu besteuern, und zwar
sollten die Herren, die nicht davon ablassen wollten, ihr Haar
zu pudern, dafür jährlich 20 Mark bezahlen. Nur wenige
Ausnahmen waren vorgelesen, so Geistliche mit weniger als
2000 Mark Jahreseinkommen, die jüngeren Offiziere der
Armee und Marine und die Väter zweier verheirateter Töchter;
dieser letzteren war das Recht eingeräumt, die drei Familien
als eine zu rechnen. Von der sonderbaren Pudersteuer er-
wartete man einen Ertrag von vier Millionen Mark für
das Jahr. Aber der schöne Plan scheiterte; eine Anzahl alt-
englischer Aristokraten, unter ihnen der Herzog von Bedford
und Lord Jersey, versammelten sich in der Woburn-Abtei zu
einer feierlichen Beratung; das Ergebnis war, daß die ton-
angebenden Herren sich alle die große Preisur abschneiden
ließen und durch ungepuderte gewellte Locken erzielten. Diese
neue Mode wurde überall aufgenommen und machte die Puder-
steuer gegenstandslos. Auch Pitts Plan, alle Ladenbesitzer
mit einer Gewinnsteuer von fünfzig Pfennig bis zwei Mark
zu belegen, scheiterte. Besseren Erfolg hatte die Dienstboten-
steuer; für jeden weiblichen Dienstboten mußten 2,50 Mark
Steuern, für drei Dienstboten 10 Mark Jahressteuer ent-
richtet werden. Die Auktionssteuer, die Pitt einführte, hatte
ein amüsanter Ende. Ursprünglich betrug sie 100 Mark pro
Jahr. Später wurde sie auf 200 Mark pro Jahr erhöht,
und mit dieser Erhöhung des Auktionshandels verknüpfte
man auf der anderen Seite eine Erleichterung, die bald
mißbraucht wurde: Die Auktionatoren wurden von der Vor-
schrift befreit, beim Verkauf von Spirituosen den Fall zu
holl vorher Erlaubnis einzuholen. Daraus entwickelte sich
nun ein schamlosster und sehr rentabler Schnapshandel, so-
daß Pitt schließlich das Privileg aufheben mußte. Vor Pitts
Zeiten wurden in England sogar Geburt, Tod u. Heirat
zum Gegenstande der Besteuerung gemacht. Der Herzog, der
eine Gattin erwählte, mußte für dieses Privileg dem Staate

1004 Mark Steuer bezahlen; beehrte die Gemahlin ihn
mit einem Erben, so verlangte das Schatzamt 802 Mark und
für jeden weiteren Sohn hatte der glückliche Vater 502 Mark
zu bezahlen. Bei dem Tode der Gattin flossen in die Staats-
kasse 1004 Mark und auch bei entfernteren Verwandten muß-
ten entsprechend kleinere Todessteuern entrichtet werden. Und
diese Steuer galt, natürlich mit angemessener Ermäßigung,
auch für den Reinen Bürger; der beehrte Junggeselle, der
kaum 1000 Mark Jahreseinkommen besaß, mußte für seine
Beaut 250 Mark Steuer entrichten und später im glücklichen
Ehestande für jeden Sohn 2 Mark. Die gleiche Summe mußte
an die Staatskasse entrichtet werden, wenn das Schicksal dem
Familienoberhaupt es auferlegte, seine Frau oder eines seiner
Kinder zu Grabe zu tragen. Selbst die Studenten durften das
Geld ihres Junggesellentums nicht ungesteuert genießen.
Von 1695—1706 mußten alle Männer über 25 Jahren, die
sich der sozialen Pflicht der Verehelichung entzogen, je nach
ihrem Range eine Steuer bezahlen die zwischen fünf Schilling
und 250 Mark schwankte. Diese Junggesellensteuer brachte
dem Staate jährlich 1 040 000 Mark ein. Wilhelm III. kam
dann auf den Gedanken, das Papier zu besteuern; eine zeit-
lang mußten sogar 580 Mark für jede Tonne Papier bezahlt
werden. Wie hart diese Steuer auf den Buchhandel lastete,
zeigt sich darin, daß Charles Knight 1830 nicht weniger als
400 000 Mark Steuer für das Papier bezahlen mußte, auf
dem seine „Penny Cyclopaedia“ gedruckt wurde. Königin
Anna ging noch weiter und besteuerte jeden Bogen Zeitungs-
papier mit einem Pence; später wurde dieser Satz sogar auf
vier Pence, also rund 32 Pfennig für den Bogen erhöht.
Aber damit noch nicht genug, führte man auch eine Interaten-
steuer ein: für jede Anzeige, gleichviel wie klein, mußten
3,50 Mark Steuern bezahlt werden. Selbst das freiluftende
Lageschild wurde für die Staatskasse ein Besteuerungsmittel;
zur Zeit Wilhelms III. mußte für jedes Fenster eine Steuer
entrichtet werden. Die Taxe war so hoch, daß Hunderte und
Tausende von Fenstern mit Prellern vernagelt wurden, um
das Tageslicht nicht einzulassen. Bei Neubauten wurde die
Fensterzahl zum Schaden der Gesundheit aufs größte be-
schränkt, und noch heute kann man in den älteren Teilen von
London an den aus jener Zeit erhaltenen Säulern die ge-
malten Fenster sehen, die der Symmetrie wegen an die
Wände gemalt wurden.

Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft

JANUS

in HAMBURG

Gesamtaktiva über 65 Millionen Mk.

liberalste Versicherungs-Bedingungen.
Lebens-Versicherung für Abgelehnte.

Kostenlos An-Sucht, ge-wissenhafte Beratung
durch Direction und Vertreter. An allen Orten
Vertreter und Inspektoren gesucht.
Bezugnahme auf dieses Inserat erbeten!

Lebens-Renten-Versicherung—Unfall-Haftpflicht-Versicherung

Vertretung für Baden:
Sub-Direktor E. Schlund, Freiburg, Schellenstrasse 25.
General-Agent L. Ficks, Mannheim, Lanostr. 3. 8190

